



**AUSTRIAN INSTITUTE FOR
EUROPEAN AND SECURITY POLICY**

Österreichs Neutralität

**Rolle und Optionen in einer
sich verändernden Weltordnung**

**AIES Studie
von Christoph Schwarz, MSc
und Adam Urosevic, MA**

September 2023



AUTOREN

Christoph Schwarz, MSc., ist seit Jänner 2020 als Research Fellow am Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik tätig. In seiner Arbeit beschäftigt er sich schwerpunktmäßig mit Themen der österreichischen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik wie unter anderem der Neutralität und deren Funktion im 21. Jahrhundert oder der Ausrichtung Europas im Spannungsfeld der Großmachtpolitik. Christoph absolvierte seinen Master-Abschluss in „International and European Relations“ an der Linköping University, Schweden.

Adam Urosevic, MA, ist Social Data Scientist und forscht derzeit - im Rahmen seines Masterstudiums in „Computational Social Systems“ an der TU Graz - am Complexity Science Hub. Zudem ist er Research Associate am Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik. Adam war zuletzt knapp drei Jahre lang im Strategiestab des österreichischen Bundeskanzleramtes tätig, wo er sich mit der Wechselwirkung von Technologie und Außen- & Sicherheitspolitik befasste. Adam hat einen Bachelor-Abschluss in Politikwissenschaften an der UCL in London sowie einen Master an der Sciences Po Paris.

DANKSAGUNG

Ausdrücklicher Dank gilt den Mitarbeiter:innen des AIES für deren unermüdliche Unterstützung in der Erstellung dieser Studie. Besonders hervorzuheben sind Miriam Mandel, Nick Nieschalke, Annika Bodusch sowie Julia Drössler, die durch ihren Einsatz einen großen Anteil an der Umsetzung dieses Projektes haben.

Außerdem möchten wir Katharina Aschbacher und Manfred Milchrahm von der TU Graz, sowie Armin Pournaki vom SciencesPo médialab für ihren Beitrag danken.

Ebenso gilt der Dank den zahlreichen Expert:innen, die mit ihrer Teilnahme an der Umfrage diese Studie erst möglich gemacht haben.

© Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, 2023

All rights reserved. Reprinting or similar comparable use of publications of the Austria Institute for European and Security Policy (AIES) are only permitted with prior permission. The articles and studies published by the AIES exclusively reflect the opinions of the respective authors.

Dr. Langweg 3, 2410 Hainburg/Donau Tel. +43 (1) 3583080
E-Mail: office@aies.at
Website: www.aies.at

Layout: Julia Drössler

EXECUTIVE SUMMARY

Die AIES-Studie *Österreichs Neutralität – Rolle und Optionen in einer sich verändernden Weltordnung* hat zum Ziel, einen Beitrag zum Diskurs über die österreichische Neutralität zu leisten sowie Optionen österreichischer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufzuzeigen und kritisch zu beleuchten. Basierend auf einer Umfrage mit über 100 Expert:innen, insbesondere aus den Bereichen Forschung, Diplomatie und Militär, wurden dabei rund 50 Fragen und Thesen analysiert, die den Umgang Österreichs mit der Neutralität sowie damit verknüpfter Komplexe betreffen. Die Ergebnisse einer ebenfalls durch das AIES durchgeführten sozialen Netzwerkanalyse von über 65.000 Tweets zur österreichischen Neutralität im Zeitraum Anfang 2021 bis Anfang 2023 werden ebenso in dieser Studie abgehandelt.

Der Ausgangspunkt der Befragung war die Bewertung der Vermittlerrolle Österreichs. Die Umfragedaten ergeben, dass eine gewisse Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu bestehen scheint, was die tatsächliche **Vermittlerrolle Österreichs im internationalen Staatensystem** anbelangt. So vertreten etwa zwei Drittel der Umfrageteilnehmer:innen die Meinung, dass dieser Statuts aus heutiger Sicht eher nicht oder gar nicht zutreffe. Ein ähnlich großer Anteil der Expert:innen ist der Auffassung, dass Österreichs EU-Mitgliedschaft und Teilnahme an GASP/GSVP **einen starken Einfluss auf die Glaubwürdigkeit der Neutralität** gegenüber Nicht-EU-Staaten haben (31,43%) beziehungsweise die Glaubwürdigkeit vor diesem Hintergrund **nicht mehr gegeben ist** (33,33%). Zudem wurde aufgezeigt, dass eine

weitere Verschiebung des zentralen Handlungs- und Gestaltungsrahmens in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hin zur NATO weitreichende Implikationen auch für Österreich hat, die eine **Neubewertung und Weiterentwicklung der Kooperation** mit dem Verteidigungsbündnis nahelegen. Eine weitere zentrale Erkenntnis betrifft die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Auseinandersetzung mit dem **Spannungsverhältnis zwischen österreichischer Neutralität und europäischer Solidarität**, welches ein Großteil der Expert:innen als langfristig unauflösbar beurteilt. Dies betrifft vor allem die bestehende **Ambiguität im österreichischen Verhältnis mit der militärischen Beistandspflicht** im Rahmen der Europäischen Union. In diesem Zusammenhang spricht sich eine sehr deutliche Mehrheit **für militärische Unterstützung seitens Österreich** im Beistandsfall und gegen die Berufung auf die *irische Klausel* aus. Zwingenden Handlungsbedarf identifizieren die Teilnehmer:innen insbesondere auch im Bereich der **Aufklärung der österreichischen Bevölkerung**, was den tatsächlichen rechtlichen Status der Neutralität und deren Fortentwicklung seit dem EU-Beitritt 1995 betrifft. Eindrücklich ist auch die Einigkeit der Expert:innen zum Thema der Wehrhaftigkeit Österreichs, die vor dem Hintergrund geänderter außenpolitischer Rahmenbedingungen durch eine **Steigerung der Verteidigungsfähigkeiten und -ausgaben** zur Umsetzung gebracht werden soll. Eine entsprechende Steigerung der Ausgaben erfordere laut mehrheitlicher Meinung jedoch auch mehr **Klarheit in der strategischen Ausrichtung** der österreichischen Streitkräfte. ➤

Die in dieser Studie abgehandelten Perspektiven auf die Neutralität basierend auf den vorliegenden Umfrageergebnissen zeigen vor allem, dass **Stillstand in der Neutralitätsdebatte** den innen- wie außenpolitischen Interessen Österreichs zuwiderläuft und eine **Weiterentwicklung österreichischer Neutralitätspolitik** in gewissen Bereichen dringend geboten ist.

Die **soziale Netzwerkanalyse** bietet eine **Vogelperspektive** auf komplexe Diskussionen und ermöglicht es, aufschlussreiche Muster und Erkenntnisse in großen Datenmengen zu identifizieren. Als einer der ersten Think Tanks im Bereich der europäischen außen- und sicherheitspolitischen Forschung und Beratung hat das AIES diese Methode in sein Repertoire aufgenommen. Angesichts der wachsenden Komplexität der globalen Herausforderungen zeichnet sich ab, dass dieses Werkzeug in der Welt der sicherheits- und außenpolitischen Analyse und Beratung an Bedeutung gewinnen wird. Es ermöglicht Fachleuten, durch innovative Visualisierungen rasch und intuitiv neues Wissen zu generieren und bestehende Hypothesen zu validieren oder zu falsifizieren, was die **evidenzbasierte politische Beratung** stärkt.

Die Zeitreihenanalyse zeigt, dass die **russische Invasion der Ukraine im Februar 2022 einen signifikanten Einfluss auf die Debatte** hatte. Insbesondere ist die Anzahl der Tweets und der beteiligten Nutzer seit diesem Zeitpunkt dramatisch gestiegen. Die Diskussion, die bis zum Februar 2022 hauptsächlich von deutschsprachigen Accounts geführt wurde, hat sich seitdem zu einer internationaleren Arena entwickelt. Die **Mehrheit der Beiträge ist nun auf Englisch verfasst**, und die Thematik ist stark im Kontext der russischen Invasion und der damit verbundenen europäischen politischen Entwicklungen verankert. Diese Verschiebung deutet darauf hin, dass die **Debatte eine eher reaktive Natur** hat und stark von aktuellen Ereignissen getrieben ist, anstatt sich kontinuierlich mit dem Thema der österreichischen Neutralität unabhängig von externen Geschehnissen zu befassen. Zudem zeigt eine maschinelle Sentiment-Analyse der Tweets, dass die durchschnittliche emotionale Ausrichtung der Beiträge seit der Invasion leicht in eine negativere Richtung tendiert hat.

Methoden zur **Erkennung von Meinungsclustern** in der sozialen Netzwerkanalyse eröffnen vielfältige Analysemöglichkeiten in der politischen Forschung. Sie ermöglichen es, komplexe Beziehungsnetzwerke in großen Datenmengen zu entwirren und unterschiedliche Meinungsbilder sichtbar zu machen. Diese Technik ist unerlässlich, um Schlüsselakteure zu identifizieren, die Beziehungen zwischen verschiedenen Gruppen zu analysieren und zu verstehen, welche Themen zu welchem Zeitpunkt im Mittelpunkt stehen. Durch die Anwendung dieser Methode konnten wir mehrere Erkenntnisse gewinnen. Eine besonders bemerkenswerte ist die **unerwartete Verbindung im Retweet-Verhalten zwischen einer österreichischen populistischen Rechten und einer internationalen antikapitalistischen linken Gruppe**. Während die Debatte über die österreichische Neutralität für die österreichische populistische Rechte ein zentrales Anliegen darstellt, spielt sie für die internationale antikapitalistische Linke eher eine marginale Rolle, die jedoch in eine breitere *anti-imperialistische* und *anti-liberale* Erzählung einfließt. Beide Gruppen sind jedoch **vereint in der Verwendung des Chiffres von Frieden und Neutralität als Deckmantel für ihre Ablehnung der liberalen, regelbasierten internationalen Ordnung** und zur Unterstützung autokratischer Regime, insbesondere von Russland.

Basierend auf der Analyse der Studienergebnisse ergeben sich folgende Empfehlungen:

Eine umfassende und faktenbasierte **Debatte über die österreichische Neutralität sowie deren zielführende Ausgestaltung muss öffentlichkeitswirksam geführt werden**. Angesichts der reaktiven Natur der Debatte, wie sie die soziale Netzwerkanalyse zeigt, **sollte diese Auseinandersetzung von einer kontinuierlichen Aufklärungskampagne** begleitet sein. Diese sollte darauf abzielen, die Öffentlichkeit umfassend über die Kernfragen zu informieren um einen fundierten, öffentlichen Diskurs proaktiv zu fördern. Dadurch könnte ein robusterer Konsens zu diesen Themen geschaffen werden, der für die langfristige politische Planung vorteilhaft wäre. ➤

Eine Auseinandersetzung mit der **langfristigen Vereinbarkeit von österreichischer Neutralität und europäischer Solidarität beziehungsweise Integration**, insbesondere in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, muss umfassend geführt und geklärt werden.

Es liegt im innen- wie außenpolitischen Interesse Österreichs, Klarheit darüber zu schaffen, **welche Art des Beistandes man im Kontext eines EU-Verteidigungsfalles (Art. 42/7) gewillt ist zu leisten**, um gegebenenfalls militärisch wie auch gesellschaftlich darauf vorbereitet zu sein und gegenüber europäischen Partnern Vertrauen zu schaffen.

Sollte Österreich künftig in eine Situation kommen, **in der militärischer Beistand für einen EU-Mitgliedsstaat politisch geboten erscheint, wäre eine mehrheitliche Unterstützung der Bevölkerung Grundvoraussetzung für politische Handlungsfähigkeit**. Die Basis dafür müsste jedoch bereits im Vorfeld durch eine öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzung damit gelegt werden.

In Anbetracht der gestiegenen Bedrohungslage und der geänderten Rahmenbedingungen europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik – unter anderem durch den NATO-Beitritt von Finnland und Schweden – ist es im Interesse Österreichs, **seine Zusammenarbeit mit der NATO zu stärken und die Interoperabilität mit NATO-Staaten im Verteidigungsfall zu gewährleisten**.

Es muss dringend **Aufklärungsarbeit in der österreichischen Bevölkerung geleistet werden, was den tatsächlichen rechtlichen Status der Neutralität und deren Fortentwicklung seit dem EU-Beitritt 1995 betrifft**. Unzureichende Bewusstseinsbildung, falsche Annahmen und ein nicht zeitgemäßes Verständnis von Neutralität in der Bevölkerung können die Handlungsfähigkeit der Politik entgegen den außenpolitischen Interessen Österreichs beschränken.

In den letzten Jahren stand die strategische Ausrichtung des ÖBH laut mehrheitlicher Meinung der Expert:innen in einem **Spannungsverhältnis zwischen den parallel verfolgten**

Zielen Renationalisierung und Europäisierung. Neben der militärischen Landesverteidigung sollte das ÖBH zukünftig verstärkt auf Beiträge zur EU-GSVP und zu internationalen Missionen ausgerichtet werden, um für Klarheit in der strategischen Ausrichtung zu sorgen und dementsprechende Fähigkeiten zu priorisieren.

Um die Aufgaben militärische Landesverteidigung, Assistenzeinsätze im Inland und internationales Krisenmanagement angemessen wahrnehmen zu können, sowie dem Anspruch der wehrhaften Neutralität gerecht zu werden, sollen die **Ausgaben für das österreichische Bundesheer längerfristig auf mindestens 1,5% des BIP** gesteigert werden.

Will Österreich den eigenen, historisch bedingt hohen Ansprüchen gerecht werden, was seine diplomatische Bedeutung in den internationalen Beziehungen betrifft, ist eine **Erhöhung der personellen wie auch finanziellen Ressourcen** für den auswärtigen Dienst dringend geboten.

Im Kontext **österreichischer Vermittler-tätigkeiten im internationalen Staatensystem sollen vor dem Hintergrund einer zunehmenden Polarisierung stärker gesamteuropäische Ansätze gesucht werden**, welche die vorhandene österreichische Expertise auf diesem Gebiet mit dem geopolitischen Gewicht der Europäischen Union bündeln und dementsprechende Synergieeffekte nutzen.

Da eine grundlegende Änderung des Status quo bezogen auf die österreichische Neutralität aus aktueller Sicht nicht abzusehen ist, sollte eine diesbezügliche Debatte **nicht auf die binäre Frage von Beibehaltung oder Abschaffung der Neutralität reduziert**, sondern vielmehr **auf die zielführende Weiterentwicklung derer gerichtet werden**. ■

INHALTSVERZEICHNIS

<u>1.</u>	Einleitung	1
<u>2.</u>	Methodologie	3
	<u>2.1</u> Umfrage	3
	<u>2.2</u> Twitter (X) Analyse	5
<u>3.</u>	Expert:innen-Umfrage zur österreichischen Neutralität	6
	<u>3.1</u> Österreich als Vermittler und Brückenbauer	6
	<u>3.2</u> EU-Mitgliedschaft und die Glaubwürdigkeit der Neutralität	8
	<u>3.3</u> Implikationen des NATO-Beitritts von Finnland und Schweden	11
	<u>3.4</u> Österreichische Neutralität und europäische Solidarität	15
	<u>3.5</u> Österreich und die Entwicklung des internationalen Systems	21
	<u>3.6</u> Idealtypische Ausgestaltung der österreichischen Neutralität	25
	<u>3.7</u> Zukünftige Ausrichtung der österreichischen Streitkräfte	28
	<u>3.8</u> Implikationen einer Abkehr von der Neutralität	31
<u>4.</u>	Neutralität in 280 Zeichen: Eine Analyse der Twitter-Diskussion zur österreichischen Neutralität	33
	<u>4.1</u> Zeitreihen- und Hashtaganalyse	34
	<u>4.2</u> Sentiment Analyse	36
	<u>4.3</u> Soziale Netzwerkanalyse	37
<u>5.</u>	Fazit	40
<u>6.</u>	Abbildungen	41
<u>7.</u>	Bibliographie	42

1. EINLEITUNG

Es kann als weitgehend unbestritten erachtet werden, dass Österreich in der Zeit zwischen dem Beschluss der *immerwährenden Neutralität* 1955 bis zum Ende des Kalten Krieges Anfang der 1990er Jahre in hohem Maße von seinem Status als neutrales Land profitierte. Als *Frontstaat* zwischen Ost und West befähigte die Neutralität Österreich eine besondere Rolle in der internationalen Staatengemeinschaft einzunehmen, die weit über den natürlichen Einflussbereich eines Landes der Größe Österreichs – wie Henry Kissinger es formulierte – hinausging.¹ Als Vermittler und Brückenbauer war man beiderseits des Eisernen Vorhangs geschätzt und mit der Ansiedelung wichtiger internationaler Organisationen in Wien, wie den Vereinten Nationen oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, etablierte man diesen Status auch längerfristig. Die Neutralität als geschickt eingesetztes Instrument der Außenpolitik erlaubte es Österreich und seinen Vertreter:innen auf dem internationalen Parkett über sich hinauszuwachsen. Auch die wirtschaftliche Dividende der Neutralität war erheblich. So war Österreich relativ zu seinen Einwohner:innen unter den drei größten Empfängern amerikanischer Wiederaufbauhilfen nach dem Zweiten Weltkrieg² und in der Wirtschaftsarchitektur des Westens fest verankert, doch auch die Beziehungen zur Sowjetunion – wie der 1968 geschlossene Gasimportvertrag mit der UdSSR³ – trugen maßgeblich zum Aufstieg Österreichs in den Kreis der wohlhabendsten Industriestaaten bei.

Das durch die Auflösung der Sowjetunion induzierte Ende des Kalten Krieges und Österreichs Beitritt in die Europäische

Union (EU) – sowie die im darauffolgenden Jahrzehnt erfolgte Osterweiterung der EU und NATO – veränderten jedoch die politische Gemengelage für und um Österreich diametral. Innerhalb kürzester Zeit rückte man von einer Puffer- und Begegnungszone sich feindlich gegenüberstehender Machtblöcke in das Zentrum eines weitgehend friedlichen und geeinten Europas, fast ausschließlich umgeben von EU- und NATO-Staaten. Die von Anspannung geprägte bipolare Weltordnung des Kalten Krieges wich einer Phase der US-dominierten Unipolarität, in der das *Ende der Geschichte* zum Greifen nah schien. In der Euphorie des vermeintlichen Sieges über Autokratie und Kommunismus gerieten sicherheitspolitische Bedenken dabei zusehends in Vergessenheit. Was folgte war eine zunehmende Europäisierung der österreichischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, im Zuge derer die Neutralität als Leitfaden dieser Politik an Relevanz und Gestaltungsspielraum verlor und um das Prinzip der *Solidarität innerhalb der EU* ergänzt wurde.

Zudem erschien im Fahrwasser der EU eine kritische und tiefgehende Auseinandersetzung mit Fragen der internationalen Politik – und insbesondere Österreichs Rolle darin – zunehmend redundant, wenn nicht sogar innenpolitisch heikel. Dies hatte eine spürbare Verarmung des politischen und gesellschaftlichen Diskurses zur Ausrichtung und Rolle Österreichs in einem sich stark verändernden internationalen System zur ➤

Folge. Wäre die Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts stehen geblieben, das von Francis Fukuyama verlautbarte Ende der Geschichte tatsächlich eingetreten⁴, wäre dieser Umstand auch nicht sonderlich besorgniserregend. Man muss jedoch feststellen, dass sich der globalgeschichtliche Bogen nicht unentwegt in Richtung einer Welt zu neigen scheint, in der Werte wie Demokratie, Menschenrechte und ein friedliches Miteinander der Staaten universal geteilt werden. Vielmehr zeigt sich mit zunehmender Vehemenz, dass revisionistische Kräfte, die danach streben eben diese Werte zu untergraben und das Regelwerk der internationalen Beziehungen neu zu schreiben, im Windschatten eines aufstrebenden Chinas auf dem Vormarsch sind. Die Welt droht erneut in zwei sich feindlich gesinnte Blöcke zu zerfallen, wobei die Masken im Falle Russlands bereits gefallen sind.

Für Österreich stellt sich die dringliche Frage, was diese Entwicklungen für seine langfristige Ausrichtung in den europäischen und internationalen Beziehungen und vor allem auch für sein außenpolitisches Selbstverständnis – welches sich teilweise von der Außenwahrnehmung zu unterscheiden scheint – bedeuten. Fest steht, dass Österreich mit dem EU-Beitritt 1995 den Weg der europäischen Integration beschritten hat. Dass dieser Weg das Gefüge österreichischer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie den Platz Österreichs in der globalen Ordnung grundlegend verändert hat, scheint in breiten Teilen der Bevölkerung – vereinzelt auch in politischen Kreisen – aber noch nicht gänzlich angekommen. Die Neutralität wurde indessen zur *heiligen Kuh* stilisiert, wobei ernsthafte öffentliche Debatten zu deren Sinnhaftigkeit oder zielführender Ausgestaltung oft im Keim erstickt werden. Basierend auf den Entwicklungen der letzten Jahre ist, bezogen auf die internationalen Beziehungen, nicht mehr von einem bloßen *Wetterumschwung*, sondern von einem *Klimawandel* mit möglicherweise verheerenden Folgen zu sprechen. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine stellt hierbei den vorläufigen tragischen Höhepunkt einer neuen Phase der Weltpolitik dar, in der sich das zwischenstaatliche Konfliktpotential sukzessive steigert und bestehende Normen zusehends erodieren. Ob Österreich in Anbetracht dessen

seinen außen- und sicherheitspolitischen Status quo erhalten kann ist kritisch zu hinterfragen und gilt es in einem breiten Diskurs ergebnisoffen zu eruieren. Ziel dieser Studie ist es auch, Anstoß zu einer solchen Auseinandersetzung mit dem Thema Neutralität zu geben. Diese darf jedoch keinesfalls auf die binäre Diskussion über Abschaffung oder Beibehaltung – NATO oder Neutralität – reduziert werden, sofern sie der Komplexität der vorliegenden Thematik gerecht werden soll. ■

2. METHODOLOGIE

2.1 UMFRAGE

Die vorliegende Studie besteht aus zwei Teilen – einer Umfrage unter österreichischen Expert:innen zur Neutralität und damit verknüpfter Bereiche sowie einer sozialen Netzwerkanalyse der Twitter-Debatte über die österreichische Neutralität – die in Kapitel 3 und 4 analytisch aufgearbeitet werden. Die methodologischen Grundpfeiler dieser Analyse werden in diesem Kapitel vorgestellt.

Im Mittelpunkt des ersten Teiles dieser Studie steht eine anonyme Umfrage, die mit Hilfe eines Online-Fragebogens durch das Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) im Mai 2023 durchgeführt wurde. Ziel dieser Umfrage war es, eine möglichst große Zahl österreichischer Expert:innen auf dem Gebiet der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu Themen betreffend der österreichischen Neutralität zu befragen. Aufbauend auf deren Expertise sollen Kernfragen beleuchtet und mögliche Handlungsoptionen hinsichtlich der Weiterentwicklung der Neutralität und damit verknüpfter Politikfelder im Allgemeinen aufgezeigt werden. Die Zielgruppe umfasste ausgewählte Vertreter:innen aus Politik und Journalismus, Forschungseinrichtungen wie Universitäten und Think Tanks, sowie den Bundesministerien für Landesverteidigung (BMLV) und Europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA).

Der Fragebogen wurde via E-Mail an insgesamt 286 Personen ausgesandt, wovon sich 106 Personen an der Umfrage beteiligt haben. Somit ergibt sich eine Teilnehmer:innenrate von 37%

und das im Vorfeld definierte Ziel von N=100 wurde erreicht. Es ist wichtig festzuhalten, dass die Umfrage nicht als repräsentativ für eine gewisse Bevölkerungsgruppe angesehen werden kann, zumal eine Gesamtpopulation von Expert:innen zum hier abgehandelten Themenkomplex auch schwer einzugrenzen beziehungsweise zu definieren ist. Vielmehr soll das Ergebnis dieser Umfrage das Meinungsbild eines großen Personenkreises wiedergeben, der sich im beruflichen Alltag mit der österreichischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik eindringlich beschäftigt und demnach eine fundierte Meinung zum behandelten Themenkomplex vorweist. Für die Online-Befragung wurde die Plattform SurveyMonkey verwendet.

Der Umfrage wurden zwei Fragen demographischer Natur vorangestellt betreffend der Berufskategorie sowie der Altersgruppe der Befragten. Eine Aufschlüsselung der Teilnehmer:innen nach diesen beiden Indikatoren kann den Abbildungen 1 und 2 entnommen werden. ➤

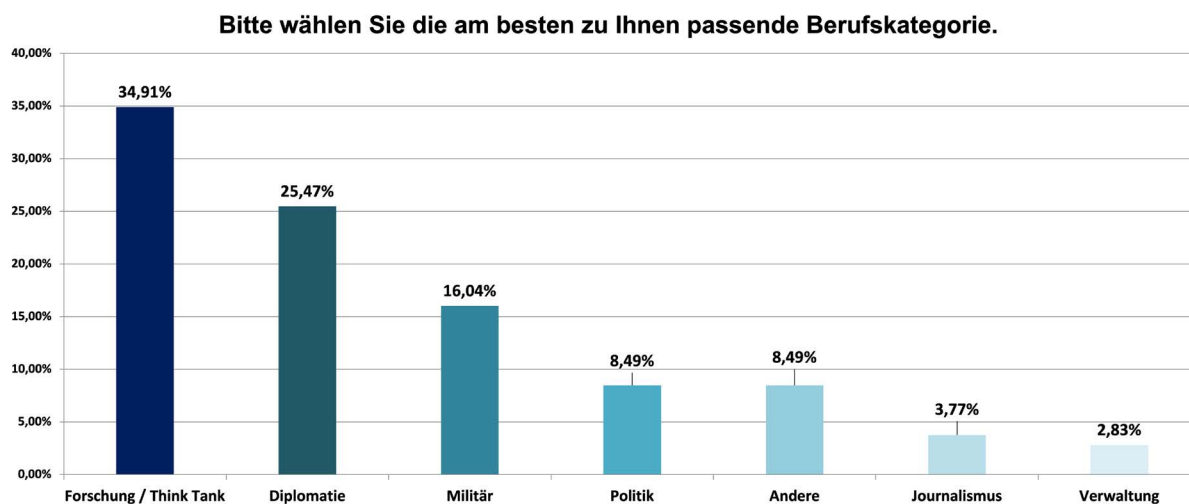


Abbildung 1 – Aufschlüsselung der Teilnehmer:innen nach Berufskategorie.

Bitte wählen Sie die auf Sie zutreffende Alterskategorie.

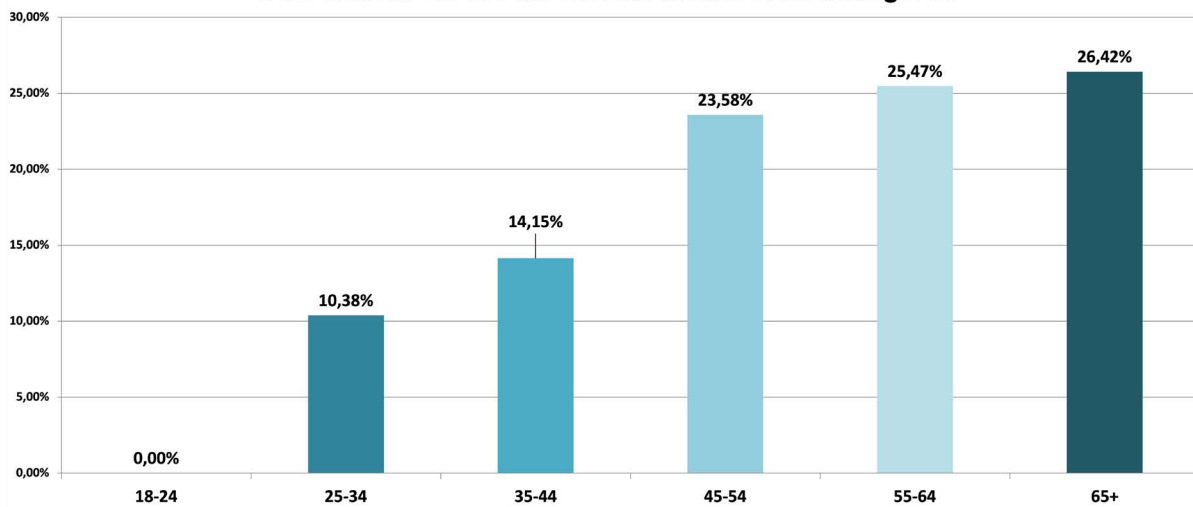


Abbildung 2 – Aufschlüsselung der Teilnehmer:innen nach Alterskategorie.

1	Gar nicht
2	Kaum
3	Eher nicht
4	Eher schon
5	Sehr
6	Absolut

Abbildung 3 – Kodierung der Antwortmöglichkeiten bei Matrix-Rating-Skalen.

Der inhaltliche Teil des Fragebogens bestand zum Großteil aus quantitativen Elementen, wobei es sich mehrheitlich um Matrix-Rating-Skalen handelte, in denen Teilnehmer:innen aufgefordert wurden ihre Zustimmung zu vordefinierten Aussagen auf einer Skala von 1 (gar nicht) bis 6 (absolut) auszudrücken. Die exakte Kodierung der Antwortmöglichkeiten kann Abbildung 3 entnommen werden.

Eine gerade Zahl an Auswahlmöglichkeiten wurde gewählt, um keine eindeutige Mittelposition zuzulassen und so ein besseres Bild der Neigungen der Teilnehmer:innen zu erhalten. Zwei quantitativen Frageblöcken wurde zudem eine qualitative Frage nachgestellt, in denen die Teilnehmer:innen gebeten wurden ihrer Meinung in Textfeldern Ausdruck zu verleihen. Dies wurde getan, um in der Lage zu sein die Ergebnisse der Umfrage besser interpretieren und nachvollziehen zu können. Zur übersichtlichen Aufbereitung eines Großteils der quantitativen Umfragedaten wurde das arithmetische Mittel, der statistische Durchschnittswert der Ergebnisse, gewählt. Der Fragebogen setzte sich aus unterschiedlichen Themenblöcken zusammen, die im Kapitel 3 *Expert:innen-Umfrage zur österreichischen Neutralität* basierend auf den Ergebnissen abgehandelt werden. ■

2.2 TWITTER (X) ANALYSE

Im Zuge des im Februar 2022 ausgebrochenen russischen Angriffskrieges in der Ukraine hat die Frage der österreichischen Neutralität erheblich an öffentlicher Bedeutung gewonnen. Die im Rahmen dieser Studie durchgeführte soziale Netzwerkanalyse zielt darauf ab, die Erzählungen und Akteur:innen zu untersuchen, die die öffentliche Debatte über die österreichische Neutralität auf Twitter ("X") prägen. Unser Datensatz beinhaltet 65.984 Tweets, die im Zeitraum von Jänner 2021 bis März 2023 gesammelt wurden. Dabei liegt der Fokus darauf, zu verstehen, wie sich diese Debatten im Laufe der Zeit entwickelt haben.

Es ist wichtig zu betonen, dass Twitter keine Abbildung der allgemeinen öffentlichen Meinung ist, sondern vielmehr eine Plattform für Meinungsmacher:innen sowie den politisch-medialen Mainstream darstellt, bestehend aus Meinungsführer:innen sowie Massenmedien. Diese Akteur:innen nehmen eine zentrale Orientierungsfunktion ein und spielen eine entscheidende Rolle bei der Formung der öffentlichen Meinung. Sie bieten daher einen wertvollen Einblick in die sich wandelnden Ansichten zur österreichischen Neutralität.

Um ein umfassendes Bild dieser Debatte zu zeichnen, setzen wir einen gemischten Methodenansatz ein, der Zeitreihenanalyse, soziale Netzwerkanalyse, Diskursanalyse und Sentimentanalyse kombiniert. Dies ermöglicht uns, Einblicke in verschiedene Aspekte der Debatte zu gewinnen, darunter:

Wie entwickelt sich die Debatte um die Neutralität im Laufe der Zeit, insbesondere im Zusammenhang mit dem russischen Krieg in der Ukraine?

Wer sind die Hauptakteure und Meinungsführerinnen in der Debatte um die Neutralität auf Twitter?

Welche Hauptthemen und Diskussions-schwerpunkte gibt es in der Debatte und wie sind sie miteinander verknüpft?

Existieren innerhalb der Debatte unterschiedliche Gemeinschaften und falls ja, wie interagieren sie miteinander?

Durch die Beantwortung dieser Fragen streben wir an, ein differenziertes Verständnis der Dynamiken und Akteur:innen zu erlangen, welche die öffentliche Meinung und Diskussion um die österreichische Neutralität beeinflussen.

Eine tiefgreifendere Auseinandersetzung mit der im zweiten Teil dieser Studie zur Anwendung gebrachten Methodik findet insbesondere auch im analytischen Teil, Kapitel 4 *Neutralität in 280 Zeichen*, statt, um dies den Leser:innen auf verständlichere Art und Weise näher zu bringen.



3. EXPERT:INNEN-UMFRAGE ZUR ÖSTERREICHISCHEN NEUTRALITÄT

von **Christoph Schwarz**, AIES Research Fellow

3.1 ÖSTERREICH ALS VERMITTLER UND BRÜCKENBAUER

Dieses Unterkapitel beschäftigt sich mit der Thematik, ob der Status eines Vermittlers und Brückenbauers in der internationalen Gemeinschaft, wie ihn Österreich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts oftmals eingenommen hat, weiterhin Gültigkeit besitzt. Wie in Abbildung 4 zu sehen ist, wird diese vielfach beschworene Rolle Österreichs

in der internationalen Gemeinschaft von den Teilnehmer:innen der Umfrage durchaus kritisch gesehen. Für 20,75% trifft dieser Status heute gar nicht zu und für 43,40% eher nicht, was eine zumindest tendenziell ablehnende Haltung von nahezu zwei Drittel aller Befragten ergibt. 31,13% sind hingegen der Meinung, dass dieser Status eher noch zutrifft und nur 4,72% behaupten, er treffe nach wie vor völlig zu. Die Gründe für diese Beurteilung mögen vielfältig sein, maßgeblich ist jedoch mit Sicherheit die Art und Weise wie sich einerseits Österreich selbst und andererseits das geopolitische Umfeld in den letzten Jahren entwickelt haben. ➤

Durch die Bereitstellung von „guten Diensten“ hat Österreich seit 1955 immer wieder die Rolle eines Vermittlers und Brückenbauers in der internationalen Gemeinschaft eingenommen. Wie sehr trifft dieser Status auch heute noch zu?

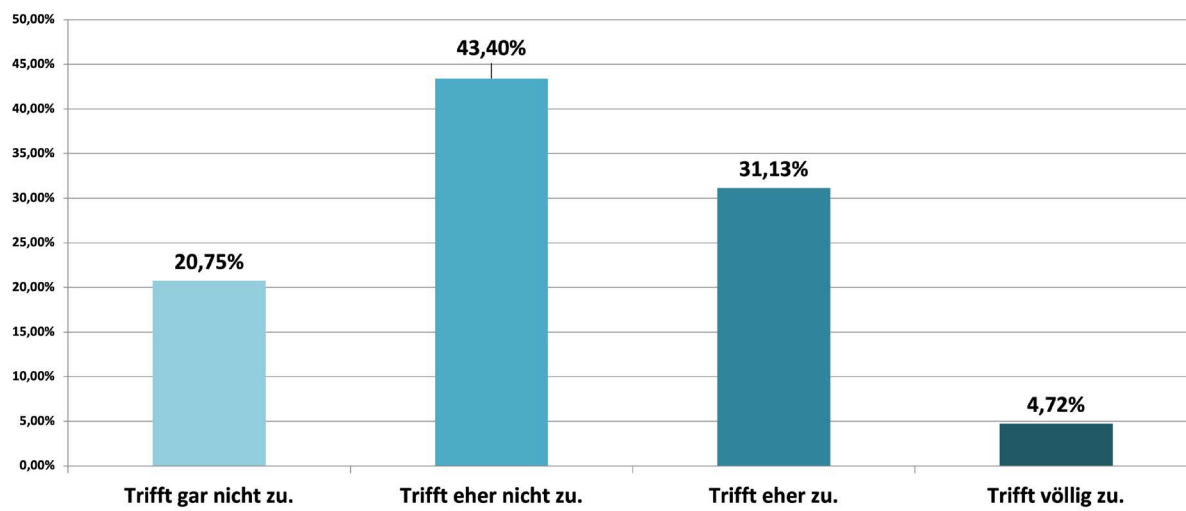


Abbildung 4 – Österreich als Vermittler und Brückenbauer.

Zum einen wurde eine völlig eigenständige Akteursrolle für Österreich aufgrund der EU-Mitgliedschaft und Teilhabe an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zunehmend erschwert. Anders formuliert sind die Spielräume, die es möglicherweise braucht, um sich aktiv in die Rolle eines Vermittlers zu begeben, aufgrund der notwendigen außenpolitischen Koordinierung auf EU-Ebene beschränkt. Zum anderen hat das geopolitische Umfeld, in dem sich Österreich in den letzten Jahren wiedergefunden hat, die scheinbare Notwendigkeit einer aktiven Neutralitätspolitik, wie sie insbesondere in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts praktiziert wurde, geschmälert. Eingebettet zwischen den rivalisierenden Machtblöcken während des Kalten Krieges ➤

war das sehr engagierte Auftreten Österreichs in den internationalen Beziehungen, in dem man auch eine gewisse Brückenfunktion zwischen NATO und Warschauer Pakt eingenommen hat, durchaus als Strategie der staatlichen Existenzsicherung zu verstehen.⁵

Bruno Kreisky exemplifizierte dies etwa in einer Regierungserklärung im Jahre 1971, als er sagte: „Hohes Haus! Es ist keineswegs meine Absicht, die Bedeutung der Landesverteidigung zu verringern, wenn ich namens der Bundesregierung die Feststellung mache, dass unsere Neutralität und Sicherheit in Friedenszeiten am besten durch eine erfolgreiche Außenpolitik gewährleistet werden kann.“⁶ Fünf Jahrzehnte später haben sich die Rahmenbedingungen jedoch drastisch verändert, denn nicht die erstrebte *Unverzichtbarkeit* der Rolle Österreichs für das internationale System ist nunmehr ein maßgeblicher Faktor für die Sicherheit und den Fortbestand des Staates, sondern vielmehr dessen geografische und institutionelle Verortung in der Sicherheitsarchitektur von EU und NATO. Anders ausgedrückt hat sich eine aktive Außenpolitik Österreichs, zu der auch die Vermittlerrolle gehört, von einer sicherheitspolitischen Notwendigkeit zu einer, die Geltung des Landes durchaus bereichernden, Beiläufigkeit entwickelt.

Dieser, vermeintlich durch eine Veränderung der äußerlichen Rahmenbedingungen verursachte, Bedeutungsverlust der Außenpolitik hat demnach zu einer graduellen Vernachlässigung auf finanzieller, personeller und strategischer Ebene geführt. Im Jahr 2020 etwa betrug der Anteil des BMEIA-Budgets am österreichischen Bundesbudget lediglich 0,45%⁷, während sich in Deutschland der Anteil des Bundeshaushalts für die Außenpolitik im selben Jahr auf 1,59% belief.⁸ Dies spiegelt sich auch stark in den qualitativen Antworten der Teilnehmer:innen wider, die gebeten wurden, ihrer Meinung zur gegenwärtigen Vermittlerrolle Österreichs bei inner- und zwischenstaatlichen Konflikten in Worten Ausdruck zu verleihen. Von den 81 Personen, die diese optionale offene Frage beantwortet haben, vertraten 65,4% die Meinung, dass eine Vermittlerrolle Österreichs aus heutiger Sicht nur mehr geringfügig bis gar nicht mehr gegeben ist. Jene Personen, die sich der Vermittlerrolle Österreichs gegenüber

kritisch äußerten, begründeten dies neben der EU-Mitgliedschaft und der veränderten geopolitischen Lage – Österreich fehle es etwa an *strategischer Relevanz* – vor allem mit einem Mangel an nötigen Ressourcen und politischem Willen. Dies führe dazu, dass Österreich insbesondere auf zwischenstaatlicher Ebene wenig Akzeptanz und Glaubwürdigkeit als Vermittler besäße.

Der Standort Wien als Sitz zahlreicher internationaler Organisationen mit guter Konferenz-Infrastruktur wurde von einem Fünftel der Befragten als positiver Faktor hervorgehoben, wobei ein Großteil dieser Personen jedoch anmerkte, dass es sich hierbei lediglich um eine Gastgeberrolle und keine inhaltlich-vermittelnde Rolle handle. Die restlichen Äußerungen bezogen sich insbesondere darauf, dass Österreich grundsätzlich Potenzial hätte, eine bedeutendere Vermittlerrolle einzunehmen, dies seitens der Politik jedoch nicht ausgeschöpft wird sowie das Österreich nur subnational oder in bestimmten Regionen – genannt wurde mehrfach die Balkanregion – eine nennenswerte Rolle spielen. Zudem wurde mehrfach hervorgehoben, dass diplomatische Erfolge im Kontext von Vermittlertätigkeiten eher auf die Expertise von Einzelpersonen als auf innerstaatliche Strukturen und systematische Ansätze zurückzuführen seien.

In diesem Zusammenhang stellt sich generell die Frage, welche Faktoren überhaupt maßgeblich sind, wenn es darum geht ein Mediationsmandat zu erhalten. Marquis und Schneider stellten in einer quantitativ orientierten Analyse von Bedingungen für staatliche Vermittlungsaktionen etwa fest, dass Machtfaktoren und kulturelle Nähe viel wichtigere Gesichtspunkte im Anforderungsprofil von Vermittlern seien als etwa die Neutralität.⁹ So sind in einer Untersuchung von 1540 Vermittlungsaktionen zwischen 1945 und 1996 neutrale Staaten nicht signifikant häufiger mit entsprechenden Tätigkeiten betraut worden als andere Nationen. Zudem zeigten sie, dass die Neutralität eines Vermittlers bei Ausübung eines Mediationsmandates keinen statistisch nachweisbaren Einfluss auf die Erfolgchancen hat. Dieser Umstand zeigt, dass der in Österreich oftmals hergestellte direkte Zusammenhang zwischen Neutralität und Vermittlerrolle einer faktischen Grundlage wohl entbehrt. ■

3.2 EU-MITGLIEDSCHAFT UND DIE GLAUBWÜRDIGKEIT DER NEUTRALITÄT

Ein weiterer Themenblock setzte sich mit der Thematik auseinander, ob die Mitgliedschaft Österreichs in der EU und die damit verknüpfte Teilnahme an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) einen Einfluss auf die Glaubwürdigkeit der österreichischen Neutralität gegenüber nicht-EU-Staaten haben. Die dieser Frage zugrunde liegende Annahme ist, dass Neutralität – um von anderen Staaten als glaubwürdig erachtet und dementsprechend ernst genommen und respektiert zu werden – eine gewisse Äquidistanz zu globalpolitischen Machtzentren voraussetzt, die durch eine fortschreitende Integration Österreichs in die Institutionen der EU untergraben werden könnte. Eine sukzessive Verlagerung staatlicher Souveränität von Wien nach Brüssel in Bereichen wie der Außen-, Sicherheits- oder Verteidigungspolitik könnte bei Nicht-EU-Staaten demnach dazu führen, dass Österreich in Fragen der internationalen Politik zunehmend als nicht eigenständiger Akteur – sondern vielmehr als Teilstaat einer vermehrt geeint und geopolitisch agierenden EU – wahrgenommen wird. In dieser Gemengelage das Profil eines neutralen Staates zu wahren, könnte zwangsläufig zu einem Widerspruch führen. Insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass

künftig 23 von 27 EU-Mitgliedsstaaten, die etwa 97% der EU-Bevölkerung repräsentieren, zugleich Mitglied der NATO sein werden. Wie in Abbildung 5 zu sehen ist, waren beinahe zwei Drittel der Expert:innen der Auffassung, dass Österreichs EU-Mitgliedschaft und Teilnahme an der GASP/GSVP einen starken Einfluss auf die Glaubwürdigkeit der Neutralität gegenüber nicht-EU-Staaten haben (31,43%) beziehungsweise die Glaubwürdigkeit vor diesem Hintergrund nicht mehr gegeben ist (33,33%). 18,10% hingegen waren der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft keinen Einfluss auf die Glaubwürdigkeit der Neutralität hat, während 17,14% einen leichten Einfluss vermuteten. Es zeigt sich somit, dass auch unter den befragten Expert:innen eine gewisse Diskrepanz zwischen einer glaubwürdigen Neutralität beziehungsweise Neutralitätspolitik auf der einen Seite und EU-Integration sowie verstärkte gesamteuropäische Bemühungen in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf der anderen Seite gesehen wird. ➔

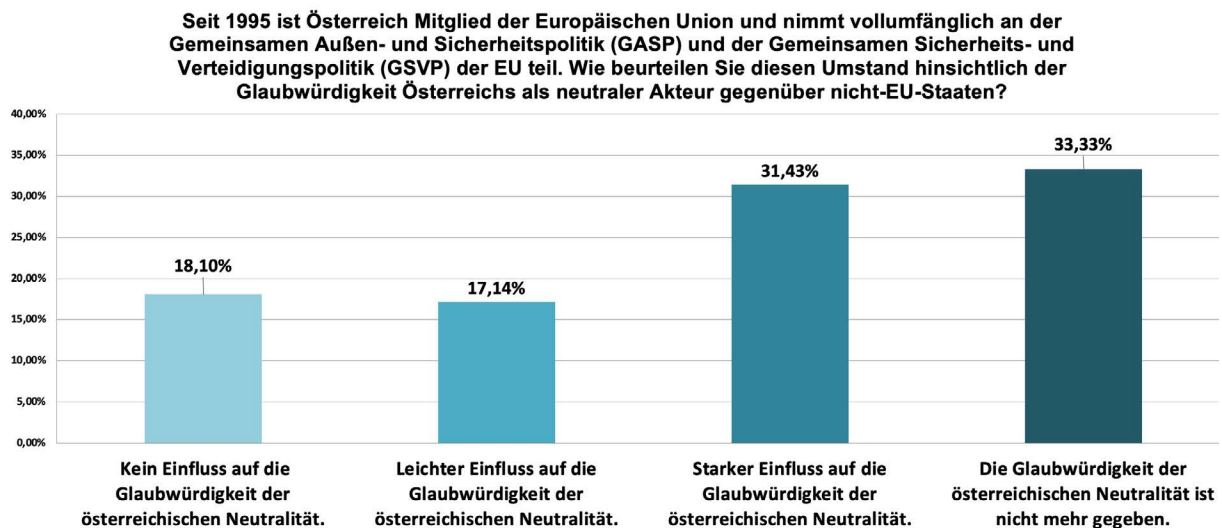


Abbildung 5– Die Glaubwürdigkeit der österreichischen Neutralität.

Untermauert wird diese Tendenz durch die von den Expert:innen auf einer Skala von 1 (gar nicht) bis 6 (absolut) hinsichtlich deren Zustimmung bewertete Aussage:

“Mittel- bis langfristig wird eine fortschreitende Integration im Bereich der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu einem unauflösbaren Spannungsverhältnis zwischen österreichischer Neutralität und europäischer Solidarität führen.”

Wie in Abbildung 6 ersichtlich ist, stimmten über die Hälfte der Befragten (52,38%) dieser Aussage absolut zu und der gewichtete Mittelwert aller Antworten ergab einen Score von 4,94 von 6. Diese sehr eindeutige Neigung der Expert:innen bekräftigt die Annahme, dass auch wenn Österreich heute noch in der Lage ist einen gangbaren Mittelweg zwischen Neutralität und europäischer Solidarität beziehungsweise fortlaufenden Integrationsbestrebungen zu finden, ein solcher Weg sich im Laufe der Zeit zunehmend schwierig gestalten könnte. Wenn die Neutralität in ihrer heutigen Form vor dem Hintergrund einer weiter zunehmenden Bündelung von nationalstaatlicher Souveränität auf europäischer Ebene aufrechterhalten bliebe, würde die Glaubwürdigkeit dieser gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft vermeintlich weiter erodieren. Dies könnte dem Ansehen Österreichs schaden, da die Diskrepanz zwischen eigenem Anspruch und gelebter Wirklichkeit weiter zunehmen würde. Nimmt man die Präambel der Römischen Verträge von 1957 und das heutige Leitprinzip der Europäischen Union beim Wort, nämlich die Schaffung eines immer engeren Zusammenschlusses der Europäischen Völker

(„ever closer union“)¹⁰, stellt sich die Frage, ob die immerwährende Neutralität eines Teilstaates dieser Union vor diesem Hintergrund auch *für immer während* bedeuten kann. Die Vereinbarkeit von nationaler Neutralität und europäischer Integration beziehungsweise Solidarität, insbesondere im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, stößt möglicherweise irgendwann an ihre Grenzen. Auch zur Frage des Einflusses der EU-Mitgliedschaft auf die Glaubwürdigkeit der österreichischen Neutralität wurden die Teilnehmer:innen gebeten, ihre Meinung in einem Textfeld wiederzugeben. Von den 65 Personen, die diese optionale Frage beantwortet haben, identifizierten etwas mehr als 75% einen Widerspruch zwischen glaubwürdiger Neutralität und Mitgliedschaft in der EU. Als Begründung dafür wurde vor allem die Beteiligung an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU angeführt. Diese würde laut zahlreichen Expert:innen, obwohl es durch die so genannte *irische Klausel* für neutrale Staaten möglich ist sich an bestimmten Beschlüssen und Initiativen nicht zu beteiligen, die Neutralität de facto untergraben und deren Glaubwürdigkeit nach außen ➤

Mittel- bis langfristig wird eine fortschreitende Integration im Bereich der EU Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu einem unauflösbaren Spannungsverhältnis zwischen österreichischer Neutralität und europäischer Solidarität führen.

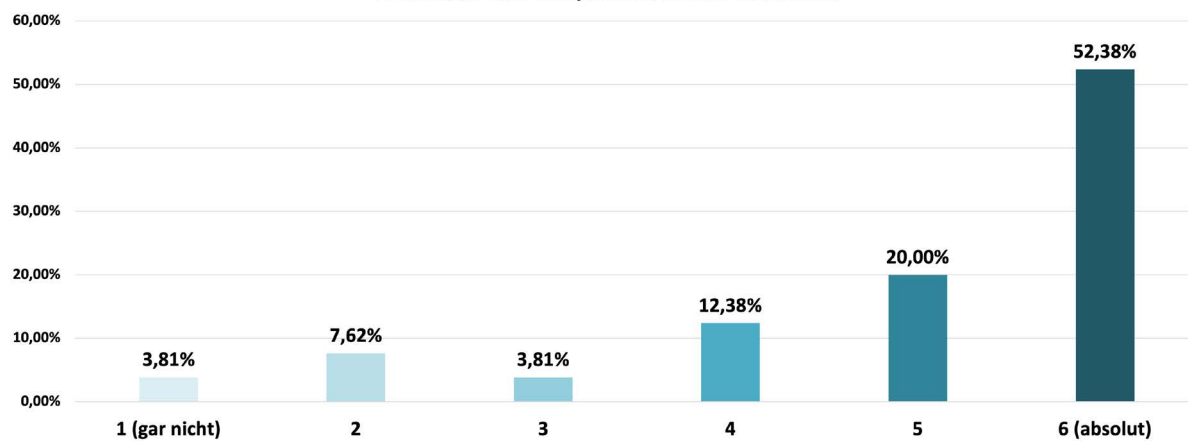


Abbildung 6 – Spannungsverhältnis zwischen österreichischer Neutralität und europäischer Solidarität.

stark beeinträchtigen. Insbesondere die Teilnahme Österreichs an den gemeinsamen Sanktionen der EU sowie der Umstand, dass die EU zunehmend als gemeinsam agierender Block im internationalen Staatensystem und Österreich als Teil dessen wahrgenommen wird, trage laut Expert:innen entsprechend dazu bei. Auch die noch später in dieser Studie behandelte Thematik der Vereinbarkeit von nationaler Neutralität und europäischer Solidarität (Unterkapitel 3.4) wurde vielfach ins Treffen geführt, wobei viele Umfrage-Teilnehmer:innen hier einen nur schwer aufzulösenden Widerspruch orteten. Jene Personen, die keinen Einfluss der EU-Mitgliedschaft auf die Neutralität vermuteten, führten vor allem die *irische Klausel* als Argument an oder erläuterten, dass die EU keine Verteidigungs- sondern eine Werteunion sei, weshalb die Glaubwürdigkeit der militärischen Neutralität Österreichs davon nicht betroffen wäre. ■

3.3 IMPLIKATIONEN DES NATO-BEITRITTS VON FINNLAND UND SCHWEDEN

Dieser Fragenblock bestand aus fünf Aussagen die möglichen Auswirkungen des NATO-Beitritts von Finnland und Schweden auf Österreich sowie die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Allgemeinen betreffend. Die Ausgangsthese lautete:

„Aller Voraussicht nach werden zukünftig Österreich, Irland, Zypern und Malta die einzigen nicht-NATO-Staaten innerhalb der EU sein mit möglicherweise weitreichenden Implikationen für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Auf einer Skala von 1 (gar nicht) bis 6 (absolut), wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?“

Abbildung 7 zeigt eine Darstellung der gewichteten Mittelwerte des Abstimmungsverhaltens der Teilnehmer:innen, während Abbildung 8 eine detailliertere Übersicht der jeweiligen Meinungen hinsichtlich der im Vorfeld getroffenen Aussagen bietet. Insbesondere drei Aussagen stechen durch eine sehr hohe Zustimmungsrates hervor. Die erste Aussage betrifft die Auswirkung des NATO-Beitritts von Finnland und Schweden auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa, wobei die Expert:innen mit einem gewichteten

Mittelwert von 4,67 relativ eindeutig die Meinung vertreten, dass diese zukünftig primär im Rahmen der NATO gestaltet und verwirklicht werden wird. Diese Einschätzung ist nicht sonderlich überraschend, denn die Entscheidung Finnlands und Schwedens, als Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine den Beitritt in die NATO anzustreben beziehungsweise zu vollziehen, trug maßgeblich dazu bei das Primat der NATO als Garant für Sicherheit und Verteidigung in Europa wohl auf längere Zeit zu konsolidieren. ➤

Auf einer Skala von 1 (gar nicht) bis 6 (absolut), wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?
(Darstellung der gewichteten Mittelwerte)

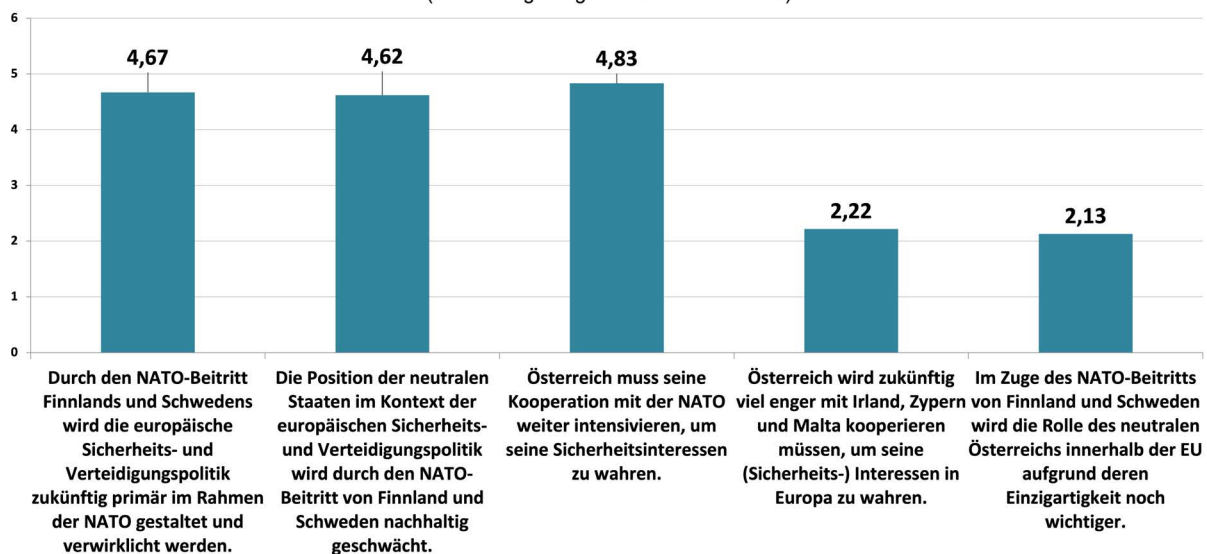


Abbildung 7 – Auswirkungen des NATO-Beitritts von Finnland und Schweden nach gewichtetem Mittelwert.

Diese Entwicklung hat zudem sehr eindeutig aufgezeigt, dass Artikel 5 des Nordatlantikvertrages einen sehr viel größeren Stellenwert als die Beistandsklausel in Artikel 42(7) des Vertrages über die Europäische Union hat, beziehungsweise künftig haben wird. Der mancherorts gehegten Hoffnung, Europa würde sich in Belangen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik von den USA gewissermaßen emanzipieren und dadurch ein höheres Maß an strategischer Autonomie erlangen, wurde somit vorerst eine klare Abfuhr erteilt. Frühere Äußerungen zur Nato wonach diese „hirtot“¹¹ (Macron) oder „obsolet“¹² (Trump) sei, erscheinen dabei aus heutiger Sicht anachronistisch. Ein Vierteljahrhundert nach der Offenbarung der Jugoslawienkriege – als die Europäische Union erkennen musste, im Angesicht eines Krieges auf dem eigenen Kontinent auf das militärische Einschreiten der USA angewiesen zu sein – zeugen die heutigen Entwicklungen davon, dass man in Europa nur sehr kleine Schritte in Richtung sicherheits- und verteidigungspolitischer Eigenständigkeit gemacht hat. Denn ohne die zentrale Rolle, welche die USA seit Beginn der russischen Invasion in Europa gespielt hat, wäre der umfängliche Widerstand gegen Putins Expansionsbestrebungen wohl durchaus verhaltener ausgefallen. Zwar besteht weiterhin die Möglichkeit, dass die EU im Zuge des Krieges in der Ukraine Fortschritte hin zu einer europäischen Verteidigungsunion macht und dadurch den *europäischen Pfeiler* innerhalb der NATO stärkt – etwa in den Bereichen Verteidigungsindustrie und Rüstungsbeschaffung –, die Schirmherrschaft

der USA in Europa wurde vorerst jedoch gefestigt.

Ähnlich eindeutig fiel die Zustimmung zur zweiten Aussage mit einem gewichteten Mittelwert von 4,62 aus, wonach die Position der neutralen Staaten im Kontext der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch den NATO-Beitritt von Finnland und Schweden nachhaltig geschwächt sei. Vor dem Hintergrund einer weiteren Verschiebung des Schwerpunktes in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Richtung NATO wird es für die vier verbleibenden neutralen EU-Staaten – Österreich, Irland, Zypern und Malta – bedeutend schwieriger, Entwicklungen auf diesem Gebiet effektiv mitzugestalten und Entscheidungen zu beeinflussen. Bezeichnend hierfür ist etwa der Umstand, dass Österreich – im Gegensatz zu früheren Gipfeltreffen – in keiner Form auf dem NATO-Gipfel in Vilnius im Juli 2023 vertreten beziehungsweise eingeladen war, in dessen Rahmen zentrale Weichenstellungen für die Sicherheit und Verteidigung Europas adressiert wurden.¹³ Im Bereich der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik besteht für neutrale Staaten in Zukunft noch viel mehr als zuvor das Risiko, die Rolle von Zaungästen einzunehmen, anstatt als aktive Akteure an der Gestaltung von Politik und Strategien mitwirken zu können.

In diesem Kontext muss auch das Abstimmungsverhalten zur dritten Aussage – wonach Österreich seine Kooperation mit der NATO weiter intensivieren müsse, um seine Sicherheitsinteressen zu wahren – gesehen ➤

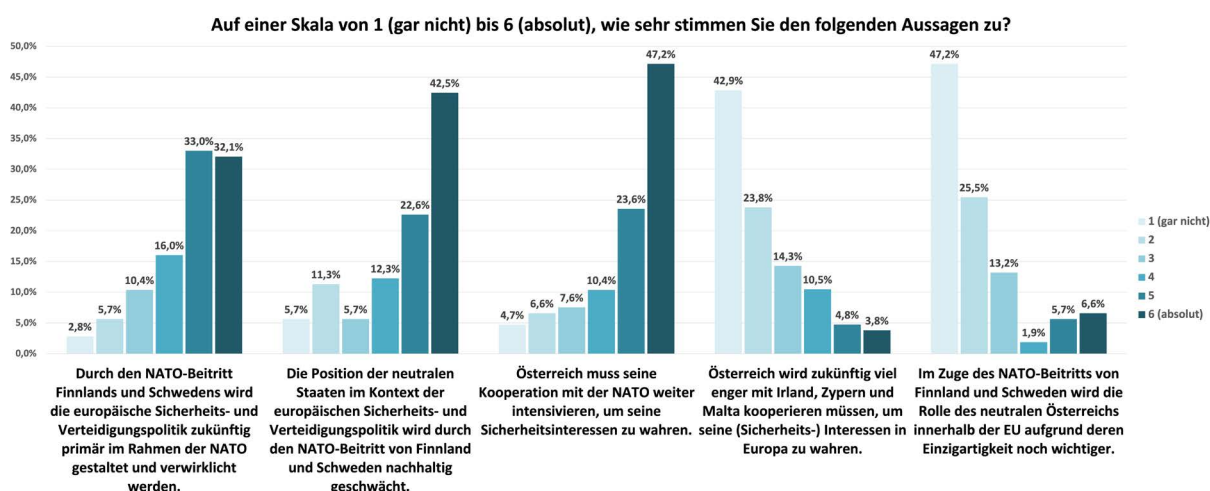


Abbildung 8 – Auswirkungen des NATO-Beitritts von Finnland und Schweden.

werden. Mit einem gewichteten Mittelwert von 4,83 erfuhr diese Aussage die größte Zustimmung in diesem Themenblock. Das Ergebnis spiegelt somit die Annahme wider, dass Österreich Gefahr läuft in das sicherheits- und verteidigungspolitische Hintertreffen zu geraten, sofern keine Schritte einer weiteren Annäherung an die NATO unternommen werden.

Aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist es, sich die aktuelle Debatte in der Schweiz vor Augen zu führen.¹⁴ Dort kam man in der Analyse der jüngsten geopolitischen Entwicklungen zum Ergebnis, dass durch die russische Expansionspolitik eine territoriale Bedrohung für die Schweiz durchaus wahrscheinlicher – wenn auch noch immer auf niedrigem Niveau – geworden sei. Zudem sei ein neutraler Staat im Falle eines Angriffes von seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen entbunden und frei in der Entscheidung, wo man sich im Ernstfall entsprechende Hilfe suchen möchte. Da in einem solchen Szenario ohnehin nur die NATO als Partner in Frage käme, wäre es aus Sicht der Schweiz vorausschauend klüger, die Zusammenarbeit mit dem Bündnis bereits in Friedenszeiten zu üben und zu intensivieren, um für den Kriegsfall vorbereitet zu sein. Dies spiegelt sich mittlerweile auch in der öffentlichen Meinung in der Schweiz wider, wo es in einer im Jänner 2023 von der schweizerischen Militärakademie (MILAK) und dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich durchgeführten Umfrage erstmals eine

Mehrheit (55%) für eine Annäherung an die NATO gab.¹⁵ Die österreichische Bevölkerung hingegen scheint deutlich größere Vorbehalte gegenüber einer engeren Kooperation mit der NATO zu haben, wie eine Umfrage des Gallup-Instituts aus dem Mai 2022 zeigt, in der Positionen zur Neutralität in Österreich und der Schweiz gegenübergestellt wurden.¹⁶ Dabei sprachen sich lediglich 36% der Österreicher:innen für eine engere Zusammenarbeit mit der NATO aus während in der Schweiz damals noch 49% eine Annäherung befürworteten. Interessant ist, dass in der gleichen Umfrage sowohl in Österreich als auch in der Schweiz 71% der Teilnehmer:innen meinten, es wäre im Sinne der Sicherheit besser die Neutralität zu bewahren als der NATO beizutreten. Das zeigt, dass obwohl die Neutralität einen vergleichbaren Stellenwert in den beiden Ländern zu haben scheint, die schweizerische Bevölkerung einen geringeren Widerspruch darin sieht, dennoch ein enges Verhältnis mit der NATO zu pflegen. Diametral zur österreichischen Bevölkerung wird das Thema der engeren Kooperation mit der NATO von österreichischen Expert:innen gesehen, wie die Ergebnisse der im Rahmen dieser Studie durchgeführten Umfrage nahelegen. Mit einem gewichteten Mittelwert von 5,06 von 6 und einer absoluten Zustimmung von 59,05% (siehe Abb. 9) sprachen sich diese sehr eindeutig dafür aus, dass Österreich seine militärische Interoperabilität mit der NATO so weit stärken müsse, dass man im Falle eines europaweiten Krieges in der Lage wäre im Verbund zu kämpfen. Wie eine solch intensivierte Zusammenarbeit ➤

Österreich muss seine militärische Interoperabilität mit der NATO so weit stärken, dass man im Falle eines europaweiten Krieges in der Lage wäre, im Verbund zu kämpfen.

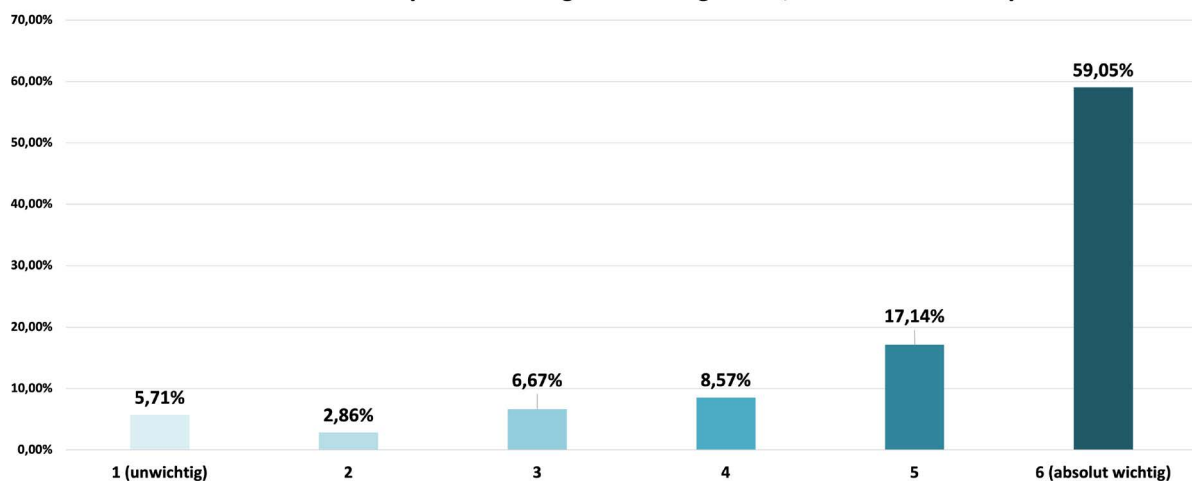


Abbildung 9 – Österreich und die militärische Interoperabilität mit der NATO

im Detail aussehen könnte oder soll gilt es zu eruieren, vorstellbar wäre etwa eine vermehrte Beteiligung an NATO-Übungen oder verstärkte Kooperation in spezifischen Bereichen wie Cybersicherheit. In der Schweiz wurde seitens der Regierung jedenfalls verlautbart, noch in diesem Jahr ein individuelles Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (ITTP) mit der NATO zu erarbeiten, wo Schritte zur intensivierten Zusammenarbeit festgelegt werden sollen.¹⁷

Wenig Zustimmung unter den Expert:innen erfuhren die beiden letzteren Aussagen dieses Themenbereichs. Dass Österreich zukünftig enger mit Irland, Zypern und Malta kooperieren müsse, um gemeinsame Interessen zu wahren – im Block der Neutralen sozusagen – erreichte lediglich einen gewichteten Mittelwert von 2,2 und somit eine durchaus deutliche Ablehnung. Dass Österreichs Rolle als einer der letztverbliebenen neutralen Staaten innerhalb der EU zukünftig noch wichtiger sein könnte, wurde mit einem gewichteten Mittelwert von 2,13 noch eindeutiger abgelehnt. ■

3.4 ÖSTERREICHISCHE NEUTRALITÄT UND EUROPÄISCHE SOLIDARITÄT

Dieses Unterkapitel beschäftigt sich näher mit dem Spannungsverhältnis zwischen österreichischer Neutralität und europäischer Solidarität, beides zentrale Säulen der österreichischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit dem EU-Beitritt 1995. Die den zu bewertenden Aussagen vorangestellte These lautete:

„Durch den EU-Beitritt 1995 wurde die Neutralität als bestimmendes Element der österreichischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik um das Prinzip der Solidarität innerhalb der EU ergänzt. Auf einer Skala von 1 (gar nicht) bis 6 (absolut), wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?“

Die gewichteten Mittelwerte der zu diesem Thema bewerteten Aussagen können den Abbildungen 10 und 11 entnommen werden.

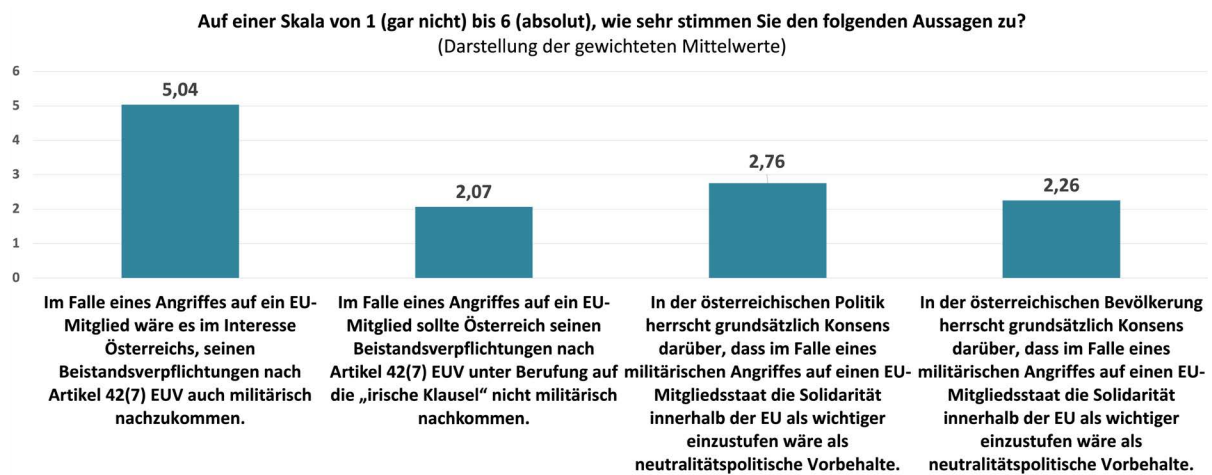


Abbildung 10 – Österreichische Neutralität und europäische Solidarität (1-4)

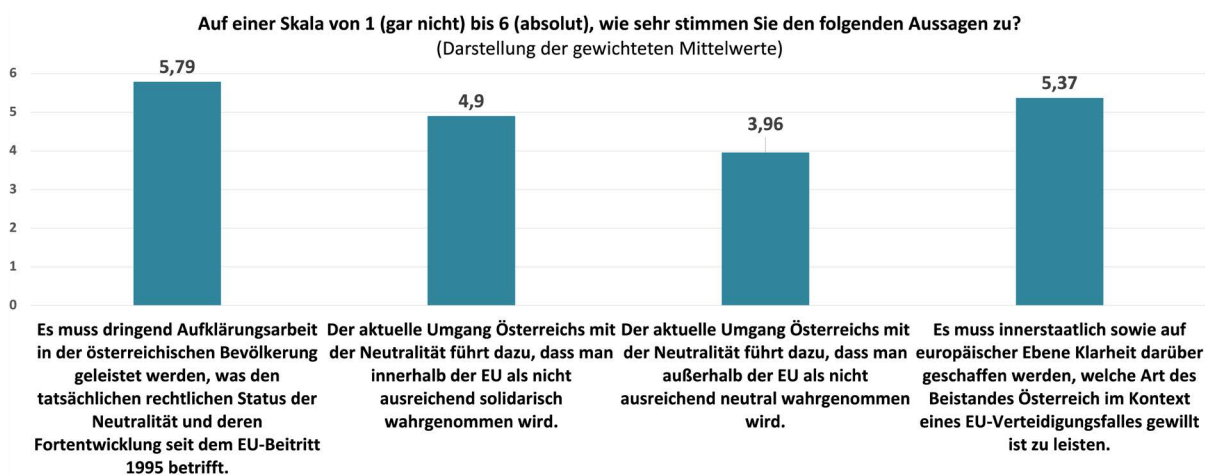


Abbildung 11 – Österreichische Neutralität und europäische Solidarität (5-8)

In den ersten beiden Postulaten wurde der Frage nachgegangen, wie sich laut Meinung der Expert:innen Österreich hinsichtlich der Beistandsverpflichtung nach Artikel 42 Abs. 7 EUV im Falle eines Angriffes auf ein anderes EU-Mitglied verhalten sollte. Die Beistandsverpflichtung lautet: „Im Falle eines bewaffneten Angriffes auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung, im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Dies lässt den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt.“¹⁸

Für Österreich und die hiesige Debatte ist insbesondere der zweite Satz von großer Bedeutung. Denn dieser bezieht sich auf die sogenannte *irische Klausel*, die im Rahmen der Verhandlungen zum Vertrag von Lissabon auf Drängen Irlands in Art. 42 Abs. 2 EUV aufgenommen wurde. Sie besagt, dass die GSVP „den besonderen Charakter [...] bestimmter Mitgliedstaaten“ nicht berühren dürfe.¹⁹ Neutrale Staaten in der EU sind dementsprechend nicht daran gebunden sich vollumfänglich an der GSVP zu beteiligen, wenn etwa Sorge besteht, dass bestimmte Maßnahmen den neutralitätsrechtlichen und -politischen Prinzipien zuwiderlaufen.

Im Ernstfall eines Angriffes auf einen EU-Mitgliedsstaat hieße das, dass Österreich hinsichtlich des militärischen Beistandes nicht der Logik einer vertraglichen Verpflichtung, sondern der einer rein politischen Abwägung unterworfen wäre. Dementsprechend komplex hat sich das Verhältnis Österreichs zur Beistandsverpflichtung der EU seither gestaltet und es herrscht wenig bis keine Klarheit darüber, wie sich Österreich in einem solchen Szenario verhalten würde. Auch wenn sich Österreich durch diese Politik der Ambiguität eine unangenehme innenpolitische – und gegenüber manchen Staaten möglicherweise auch außenpolitische – Debatte erspart, muss dennoch festgestellt werden, dass sie auch mit schwer abzuschätzenden politischen Risiken verbunden ist. Zum einen muss sich Österreich immer wieder den Vorwurf der Trittbrettfahrerei gefallen lassen, beziehungsweise die Anschuldigung, dass man militärischen Schutz und Beistand der anderen EU-Mitglieder erwartet, während man selbst nicht gewillt ist, eine entsprechende Verpflichtung einzugehen. Zugespitzt könnte man sagen:

„Alle für einen und einer für keinen.“ Dieser Umstand ist selbstverständlich nicht dienlich für das Vertrauensverhältnis zwischen Österreich und anderen EU-Mitgliedern und schädigt das Ansehen und die Glaubwürdigkeit Österreichs in der europäischen Gemeinschaft.

Der politische Preis dieser Position ist wohl so lange überschaubar, solange sich das Szenario eines Beistandsfalles innerhalb der EU nur im theoretischen Möglichkeitsraum befindet. Sollte sich dieser Ernstfall jedoch verwirklichen, was mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine an Wahrscheinlichkeit zugenommen hat, könnten die politischen Kosten der militärischen Untätigkeit bei einem Angriff auf ein EU-Mitglied erheblich sein. Würde Österreich hingegen – etwa unter Druck seiner europäischen Partner – einer militärischen Beistandsleistung einwilligen, wäre anzunehmen, dass man sowohl militärisch als auch zivilgesellschaftlich schlecht darauf vorbereitet wäre. Insbesondere der Widerstand einzelner politischer Parteien und auch Bevölkerungsgruppen gegen eine solche Entscheidung könnte zu erheblichen innenpolitischen Verwerfungen führen. Sollte eine Positionierung Österreichs zum militärischen Beistand durch eine, von äußeren Umständen auferlegte, Notwendigkeit herbeigeführt werden – ohne dass es im Vorfeld eine gesamtgesellschaftliche und konsensbefördernde Auseinandersetzung mit diesem Thema gab – könnten sich innenpolitische Dynamiken entfalten, die nur schwer einzufangen beziehungsweise vorherzusagen wären. ➤

Auf einer Skala von 1 (gar nicht) bis 6 (absolut), wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

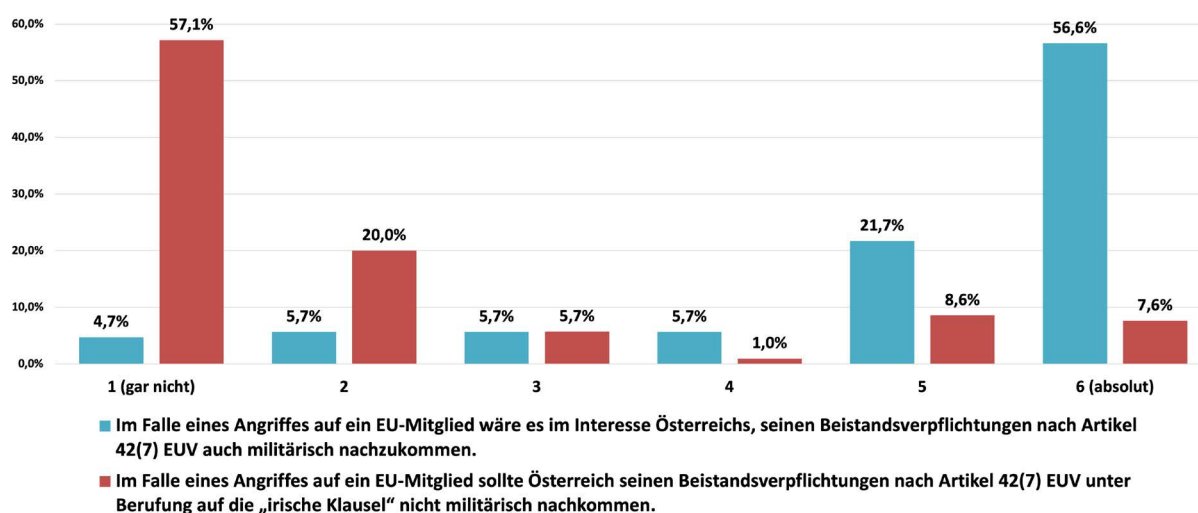


Abbildung 12 - Österreich und die EU-Beistandsverpflichtung

Das durch die Umfrage dargestellte Meinungsbild der Expert:innen zu diesem Sachverhalt (siehe Abb. 12) spricht sich mit einem gewichteten Mittelwert von 4,9 von 6 und einer absoluten Zustimmung von 56,60% sehr deutlich für einen militärischen Beistand Österreichs im Falle eines Angriffes auf ein anderes EU-Mitglied aus. Die gegensätzliche Aussage, Österreich solle unter Berufung auf die *irische Klausel* seiner Beistandsverpflichtung nicht militärisch nachkommen, erfuhr eine dementsprechend eindeutige Ablehnung mit einem gewichteten Mittelwert von lediglich 2,07 von 6, wobei 57,14% der Teilnehmer:innen dieser Aussage gar nicht zustimmten. Dies bestätigt den anzunehmenden Umstand, dass die österreichische Expert:innen-Community mehrheitlich pro-europäisch orientiert ist und zur Frage des militärischen Beistandes europäische Solidarität über

neutralitätspolitische Vorbehalte stellen würde.

Die Frage, ob ein grundsätzlicher Konsens zum Thema des militärischen Beistandes sowohl in der österreichischen Politik als auch in der Bevölkerung bestünde (siehe Abb. 13), wurde von den Teilnehmer:innen der Umfrage mit einem jeweiligen gewichteten Mittelwert von 2,76 und 2,26 eher ablehnend beurteilt. Vor dem Hintergrund einer noch nie ernsthaft geführten öffentlichen Debatte zu dieser Thematik ist diese Einschätzung auch nicht weiter verwunderlich. Zudem lassen politische Parteien in Österreich mitunter auch Zweifel aufkommen, was deren Bekenntnis zu europäischer Solidarität betrifft, wodurch ein parteiübergreifender Konsens zu dieser Frage aktuell verunmöglicht scheint.

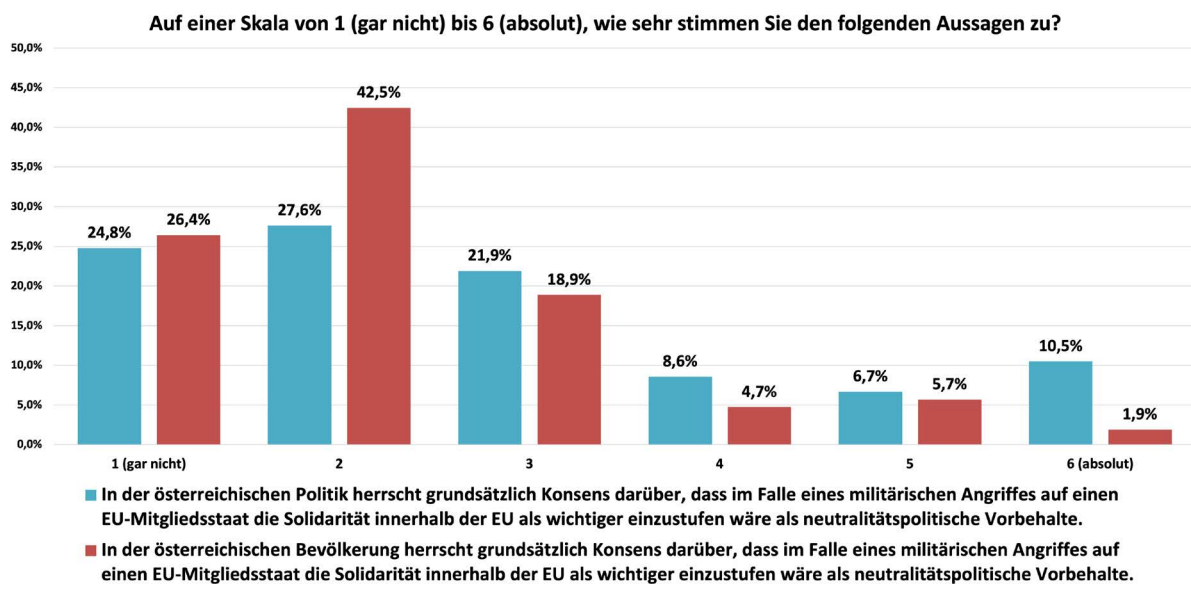


Abbildung 13 - Konsens in der österreichischen Politik und Bevölkerung zur EU-Beistandsklausel

Mit einem gewichteten Mittelwert von 5,37 von 6 zeigte sich hingegen eine besonders große Zustimmung bei der zu bewertenden Aussage:

„Es muss innerstaatlich sowie auf europäischer Ebene Klarheit darüber geschaffen werden, welche Art des Beistandes Österreich im Kontext eines EU-Verteidigungsfalles gewillt ist zu leisten, um gegebenenfalls darauf vorbereitet zu sein und gegenüber europäischen Partnern Vertrauen zu schaffen.“

Wie in Abbildung 14 ersichtlich, stimmten dieser Aussage 64,42% der Expert:innen absolut zu und weitere 22,12% sehr. Dies untermauert den weiter oben bereits kurz umrissenen Umstand, dass ein Weitermachen wie bisher, bezogen

auf die Ambiguität Österreichs hinsichtlich der EU-Beistandsverpflichtung, große innen- wie außenpolitische Risiken birgt, die es durch einen innerstaatlichen Aushandlungsprozess zu minimieren gilt. ➔

Es muss innerstaatlich sowie auf europäischer Ebene Klarheit darüber geschaffen werden, welche Art des Beistandes Österreich im Kontext eines EU-Verteidigungsfalles gewillt ist zu leisten.

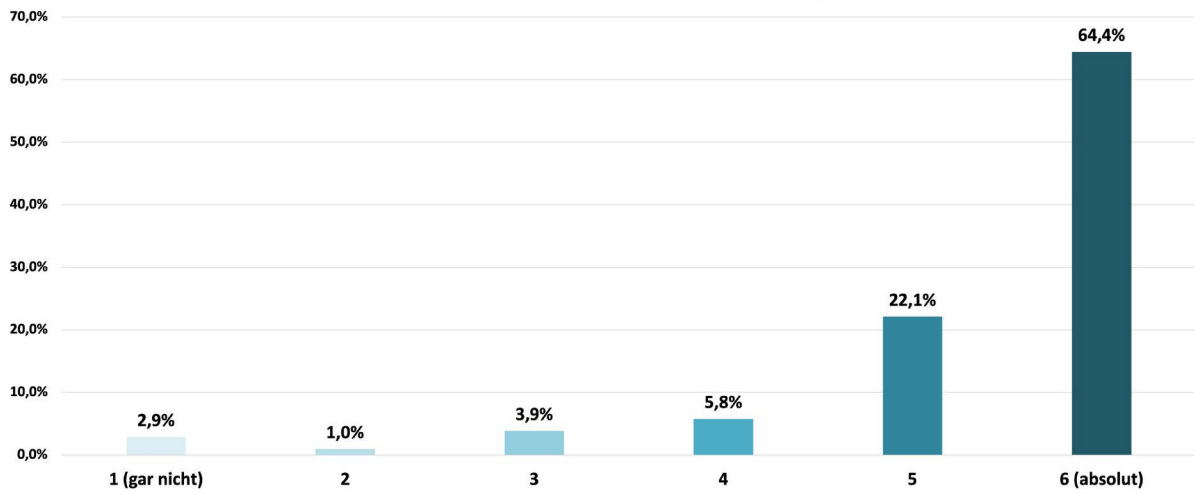


Abbildung 14 – Österreichs Positionierung gegenüber der Beistandsklausel der EU

Sollte Österreich künftig in eine Situation kommen, in der militärischer Beistand für einen EU-Mitgliedsstaat zum politischen Gebot wird, wäre eine mehrheitliche Unterstützung der Bevölkerung für solch eine Maßnahme Grundvoraussetzung für politische Handlungsfähigkeit. Die Basis für eine entsprechende Mehrheit in dieser Frage müsste jedoch bereits im Vorfeld durch eine öffentlichkeitswirksame und ehrliche Auseinandersetzung gelegt werden.

Zumal könnte Klarheit in der Frage des militärischen Beistands das Vertrauensverhältnis zwischen Österreich und anderen EU-Mitgliedern wohl erheblich stärken. Mit einem

gewichteten Mittelwert von 4,9 stimmten die Expert:innen der Aussage sehr zu, dass Österreich im Hinblick auf seinen Umgang mit der Neutralität als nicht ausreichend solidarisch innerhalb der EU wahrgenommen wird. Der Aussage, wonach der aktuelle Umgang Österreichs mit der Neutralität dazu führe, dass man außerhalb der EU als nicht ausreichend neutral wahrgenommen wird, wurde mit einem gewichteten Mittelwert von 3,96 eher zugestimmt. Das Abstimmungsverhalten zu diesen beiden Aussagen im Detail kann Abbildung 15 entnommen werden. Dies zeigt, dass die Expert:innen den österreichischen Umgang mit Neutralität und europäischer Solidarität als durchwegs inkohärent ➤

Auf einer Skala von 1 (gar nicht) bis 6 (absolut), wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

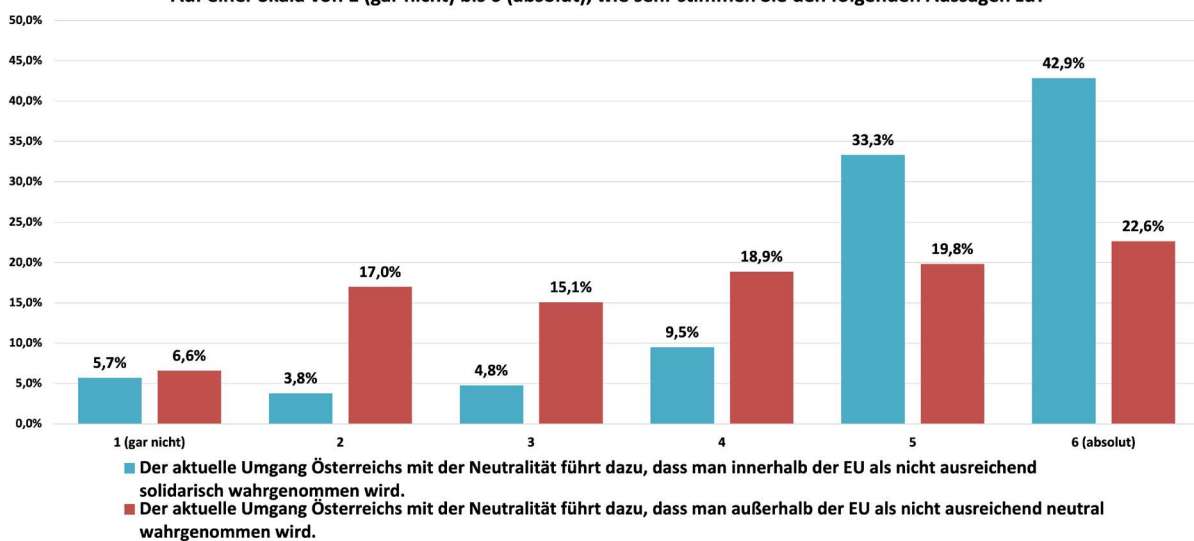


Abbildung 15 - Außenwahrnehmung der österreichischen Neutralität

betrachten, wobei diese Problematik im innereuropäischen Kontext deutlich problematischer erscheint. Die Behauptung, Österreich mangle es an Klarheit im außenpolitischen Profil, könnte als Ableitung dieser beiden Ergebnisse aufgestellt werden. Ein klares Verständnis dafür zu schaffen, wie Österreich die beiden Säulen Neutralität und Solidarität auf einen in sich schlüssigen Nenner bringen kann und möchte, wäre dem Ansehen und Status Österreichs in Europa – und darüber hinaus – mit Sicherheit dienlich.

Ein weiteres Postulat aus diesem Themenblock befasst sich mit der Frage, wie es um das tatsächliche Verständnis über die Neutralität in der österreichischen Bevölkerung bestellt ist. Die in diesem Kontext zu bewertende Aussage lautete:

„Es muss dringend Aufklärungsarbeit in der österreichischen Bevölkerung geleistet werden, was den tatsächlichen rechtlichen Status der Neutralität und deren Fortentwicklung seit dem EU-Beitritt 1995 betrifft.“

Mit einer absoluten Zustimmung von nahezu 90% und einem gewichteten Mittelwert von 5,78 von 6 erfuhr diese Aussage die größte Zustimmung von allen in dieser Umfrage zu bewertenden Postulate (siehe Abb. 16). Die dieser These zugrunde liegende Annahme war, dass sich das Verständnis von Neutralität in der österreichischen Bevölkerung und die rechtlich-politische Neutralität in den letzten Jahrzehnten zunehmend voneinander entfernt haben. Dies ist insbesondere auf den EU-Beitritt Österreichs

und die damit verbundene Beteiligung an der GASP und GSVP zurückzuführen, in dessen Rahmen wesentliche Änderungen am rechtlichen und somit auch politischen Gerüst der Neutralität vollzogen wurden. Insbesondere sei hier die Einführung des Artikel 23j B-VG (Lissabon Begleitnovelle 2010) hervorzuheben. Um es in den Worten des österreichischen Botschafters und Völkerrechtsexperten Dr. Franz Cede auszudrücken: „In Summe derogiert die novellierte Verfassungsbestimmung des Art. 23j B-VG als lex posterior und lex specialis dem Neutralitäts-BVG ohne jedwede Einschränkungen für den gesamten Bereich der GASP und GSVP. Mit anderen Worten: Hier gilt die Neutralität nicht mehr.“²⁰

Folgt man dieser Argumentation kommt man zum Schluss, dass Österreich, sofern man im Rahmen der EU beziehungsweise der GASP/ GSVP agiert, sich in der Theorie weitgehend von der Neutralität verabschiedet hat. Geltung hätte die Neutralität, sofern politisch gewollt, nur noch im außereuropäischen Kontext. Praktisch ergibt sich jedoch ein anderes Bild, denn wie etwa die Unterstützung der EU für die Ukraine seit dem Einmarsch Russlands gezeigt hat, verhält sich Österreich überaus selektiv was die Beteiligung an gemeinsamen Initiativen und Maßnahmen betrifft. So hat man sich bewusst gegen eine aktive Beteiligung an Ausbildungsmissionen für ukrainische Soldat:innen oder Waffenlieferungen entschieden, obwohl laut dem Völkerrechtsexperten Dr. Ralph Janik einer solchen Entscheidung keine neutralitätsrechtliche Hürde im Weg gestanden wäre – denn ein entsprechender Beschluss des EU-Rates lag vor.²¹ Das ebenfalls neutrale Irland etwa hat sich im Rahmen der EU Military

Es muss dringend Aufklärungsarbeit in der österreichischen Bevölkerung geleistet werden, was den tatsächlichen rechtlichen Status der Neutralität und deren Fortentwicklung seit dem EU-Beitritt 1995 betrifft.

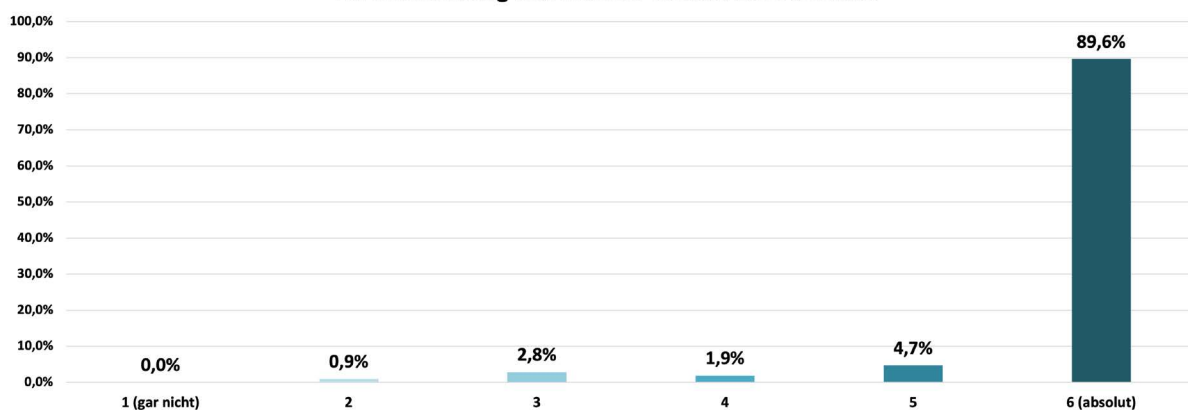


Abbildung 16 - Aufklärung zum rechtlichen Status der Neutralität in der Bevölkerung

Assistance Mission in support of Ukraine (EUMAM Ukraine) dazu entschieden, ukrainische Soldat:innen in den Bereichen Kampfmittelräumung, Sanitäts- und Ingenieurwesen auszubilden.²²

Es entstand somit der Eindruck, als würde die österreichische Bundesregierung die Neutralität als Feigenblatt benutzen, um die Bevölkerung nicht mit vermeintlich kontroversen Entscheidungen zu konfrontieren, die noch dazu den Oppositionsparteien eine mögliche Angriffsfläche geboten hätten. Denn in breiten Teilen der Bevölkerung scheint der Umstand, dass sich Österreich zur gemeinsamen Außen-, Sicherheits-, und Verteidigungspolitik der EU bekannt und die Neutralität dieser vertraglich untergeordnet hat, bislang kaum durchgedrungen zu sein. Vielmehr wird – wie in verschiedenen Kommentaren, Interviews und Umfragen immer wieder deutlich wird – ein Bild der Neutralität gepflegt, wie es zuletzt in den frühen Neunzigerjahren Gültigkeit hatte. Sowohl bestätigt als auch bestärkt wird diese Sicht dadurch, dass politische Akteure fast aller Couleur eben dieses Bild der Neutralität konsequent prononcieren und oftmals den Eindruck vermitteln, die Neutralität entbinde Österreich von jedweder internationalen und europäischen Verantwortung.

Diese Dynamik führt dazu, dass sich die österreichische Politik und insbesondere Bundesregierungen in ihrem außenpolitischen Handlungsspielraum beschränken. Denn grundsätzlich neutralitätsrechtlich konforme außenpolitische Maßnahmen können in der Bevölkerung schnell ein subjektives Empfinden auslösen, wonach diese Maßnahmen der österreichischen Neutralität zuwiderlaufen. Ein rezentes Beispiel hierfür ist die österreichische Absichtserklärung zur Teilnahme an der von Deutschland initiierten *European Sky Shield Initiative*. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Unique Research Anfang Juli 2023 sprachen sich 43% der Bevölkerung gegen eine Teilnahme aus, weil aus ihrer Sicht eine Vereinbarung mit der Neutralität nicht gegeben sei. 41% befürworteten hingegen die Teilnahme und 16% machten keine Angabe.²³ Die einhellige Meinung unter Verfassungsrechtsexpert:innen ist jedoch, dass eine österreichische Beteiligung am geplanten

europäischen Luftverteidigungssystem die Neutralität in keiner Weise berühre.²⁴

Auch wenn sich die Bundesregierung in diesem Beispiel nicht von der öffentlichen Meinung beeinflussen ließ, scheitern somit teils wichtige außen- und sicherheitspolitische Initiativen an fehlender Aufklärung und somit Verständnis seitens der eigenen Bevölkerung. Ein Umstand, dem, wie durch die Umfrageergebnisse bekräftigt wird, durch konsequente Aufklärungsarbeit über den tatsächlichen rechtlichen Status der Neutralität und deren Fortentwicklung seit dem EU-Beitritt entgegengewirkt werden sollte. Ein gewisser Konsens innerhalb der österreichischen Parteienlandschaft bezüglich der grundsätzlichen Rolle Österreichs in Europa und des Stellenwerts europäischer Solidarität in der österreichischen Außenpolitik wäre einer entsprechenden Aufklärung mit Sicherheit dienlich, wenn nicht sogar Grundvoraussetzung dafür. ■

3.5 ÖSTERREICH UND DIE ENTWICKLUNG DES INTERNATIONALEN SYSTEMS

Unterkapitel 3.5 beschäftigt sich mit der Thematik, inwiefern eine mögliche Entwicklung des internationalen Systems hin zu verstärkter Bipolarität eine Vermittlerrolle Österreichs zwischen diesen beiden Machtblöcken zulassen könnte. Die Ausgangsthese lautete folgendermaßen:

“Angenommen das internationale System entwickelt sich – beschleunigt durch den russischen Einmarsch in die Ukraine – rasant in Richtung Bipolarität mit von China und den USA geführten, sich feindlich gegenüberstehenden, Blöcken. Auf einer Skala von 1 (gar nicht) bis 6 (absolut), wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?” ➔

Auf einer Skala von 1 (gar nicht) bis 6 (absolut), wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?
(Darstellung der gewichteten Mittelwerte)



Abbildung 17 – Die österreichische Neutralität vor dem Hintergrund zunehmender Bipolarität (1-3)

Auf einer Skala von 1 (gar nicht) bis 6 (absolut), wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?
(Darstellung der gewichteten Mittelwerte)

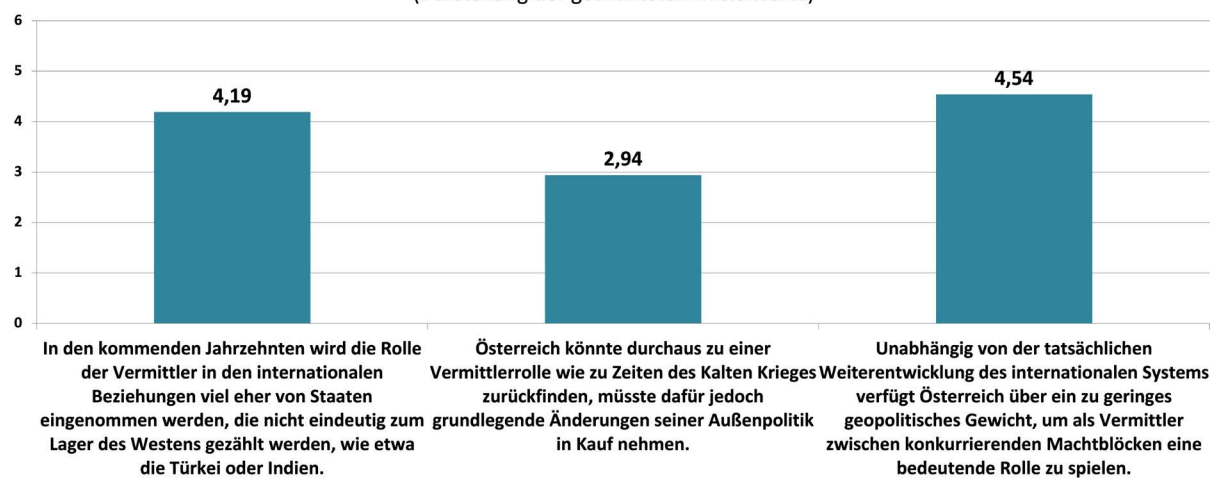


Abbildung 18 – Die österreichische Neutralität vor dem Hintergrund zunehmender Bipolarität (4-6)

Die jeweiligen gewichteten Mittelwerte der sechs zu beurteilenden Aussagen können Abbildung 17 und 18 entnommen werden. Die erste Aussage bezog sich darauf, ob Österreich in einem stark polarisierten globalen System aufgrund seiner Neutralität größeren Handlungsspielraum in der Außenpolitik hätte als andere EU-Mitglieder und somit einen wichtigen Beitrag zum Interessensausgleich zwischen den Blöcken leisten könnte – in Anlehnung an die Rolle, welche Österreich bereits zu Zeiten des Kalten Krieges ausgeübt hatte. Mit einem gewichteten Mittelwert von 2,39 beurteilten die Teilnehmer:innen der Umfrage diese Aussage mehrheitlich ablehnend (siehe Abb. 19).

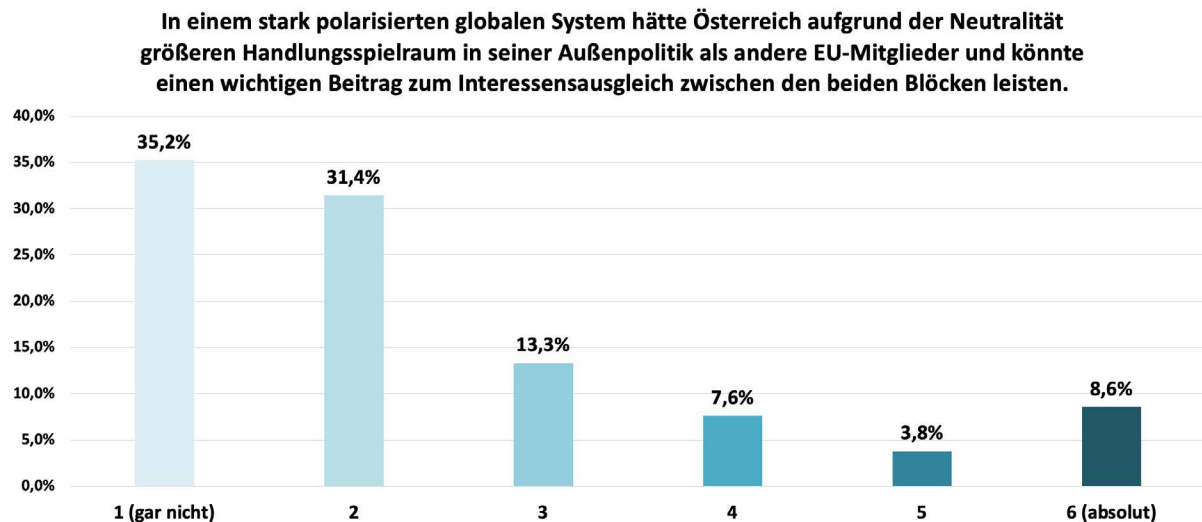


Abbildung 19 – Österreichs Handlungsspielraum im Interessensausgleich zwischen den Machtblöcken

Eine teilweise Erklärung dafür findet sich bei näherer Betrachtung der drei darauffolgenden Aussagen. Mit einem gewichteten Mittelwert von 4,10 beziehungsweise 4,08 vertraten die Expert:innen mehrheitlich die Meinung, dass Österreich politisch zu fest im Westen verankert sei, um von nicht-westlichen Staaten als tatsächlich neutral wahrgenommen zu werden (siehe Abb. 20), sowie dass eine vermittelnde Rolle Österreichs, die sich zwischen den Machtblöcken befindet, aufgrund der EU-Mitgliedschaft weitestgehend verunmöglicht sei (siehe Abb. 21). ➔

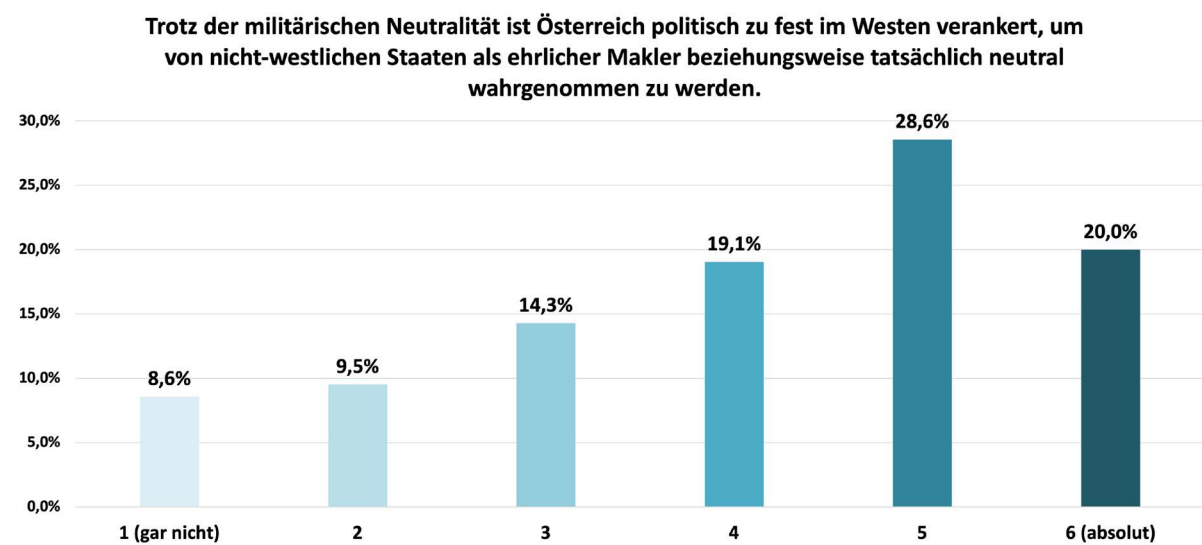


Abbildung 20 – Die Wahrnehmung Österreichs als neutraler Akteur

Sollte sich erneut ein bipolares internationales System manifestieren, wäre eine vermittelnde Rolle Österreichs die sich zwischen den Machtblöcken befindet, ähnlich wie zu Zeiten des Kalten Krieges, aufgrund seiner EU-Mitgliedschaft und Nähe zur NATO weitestgehend verunmöglicht.

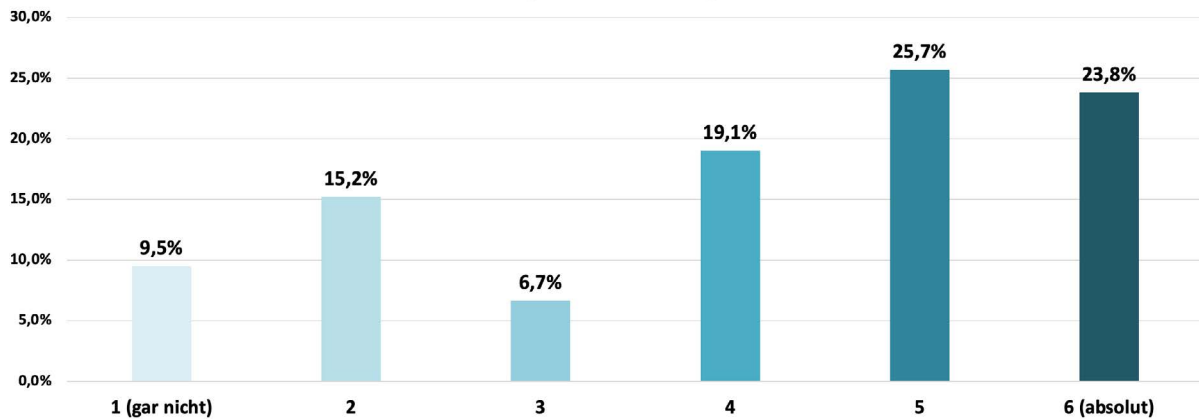


Abbildung 21 – Eine Rolle Österreichs zwischen den Machtblöcken?

Zudem stimmte mit einem gewichteten Mittelwert von 4,19 ein Großteil der Expert:innen der Aussage eher bis absolut zu, dass die Rolle der Vermittler in den internationalen Beziehungen künftig viel eher von Staaten eingenommen werden wird, die nicht eindeutig zum Lager des Westens gezählt werden, wie etwa die Türkei oder Indien (siehe Abb. 22).

In den kommenden Jahrzehnten wird die Rolle der Vermittler in den internationalen Beziehungen viel eher von Staaten eingenommen werden, die nicht eindeutig zum Lager des Westens gezählt werden, wie etwa die Türkei oder Indien.

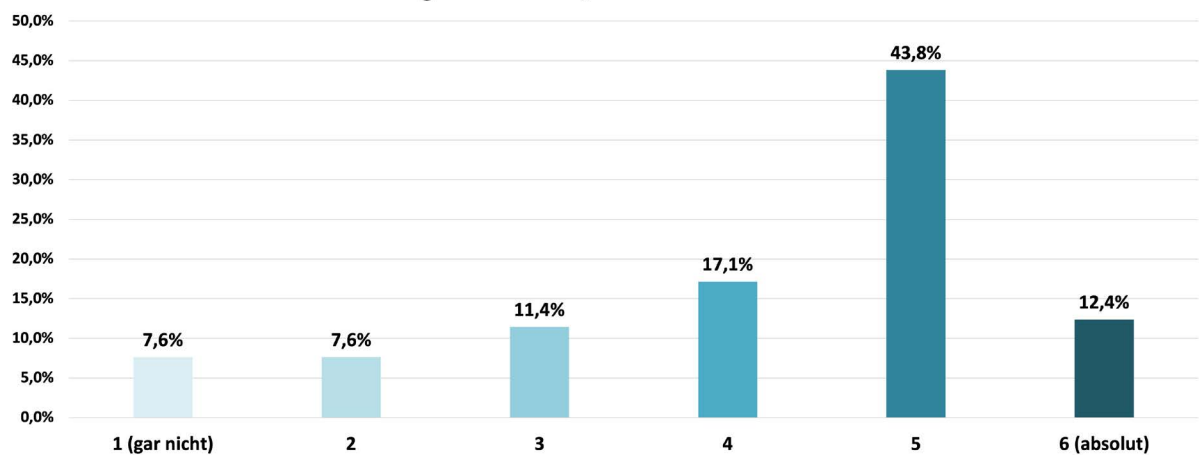


Abbildung 22 – Künftige Vermittlerstaaten des internationalen Systems

Noch bezeichnender ist jedoch die Zustimmung im gewichteten Mittel von 4,54 von 6 zur Aussage, wonach Österreich unabhängig von der Weiterentwicklung des internationalen Systems über ein zu geringes geopolitisches Gewicht verfüge, um als Vermittler zwischen konkurrierenden Machtblöcken eine bedeutende Rolle zu spielen (siehe Abb. 23). Mit einem gewichteten Mittelwert von 2,94 erfuhr die Aussage hingegen eher Ablehnung, wonach Österreich durchaus zu einer Vermittlerrolle wie zu Zeiten des Kalten Krieges zurückfinden könnte, wobei jedoch grundlegende Änderungen der Außenpolitik in Kauf genommen werden müssten (siehe Abb. 24).

Alle Aussagen und deren Zustimmungswerte zusammengenommen ergeben somit das Bild eines Landes, das laut Meinung von Expert:innen geringe Aussichten darauf hat, seinem oftmals erklärten Anspruch einer „Vermittlermacht“, insbesondere im Kontext der Großmachtspolitik, gerecht zu werden. Zum einen führten Jahrzehnte der europäischen Integration dazu, dass eine ➤

Unabhängig von der tatsächlichen Weiterentwicklung des internationalen Systems verfügt Österreich über ein zu geringes geopolitisches Gewicht, um als Vermittler zwischen konkurrierenden Machtblöcken eine bedeutende Rolle zu spielen.

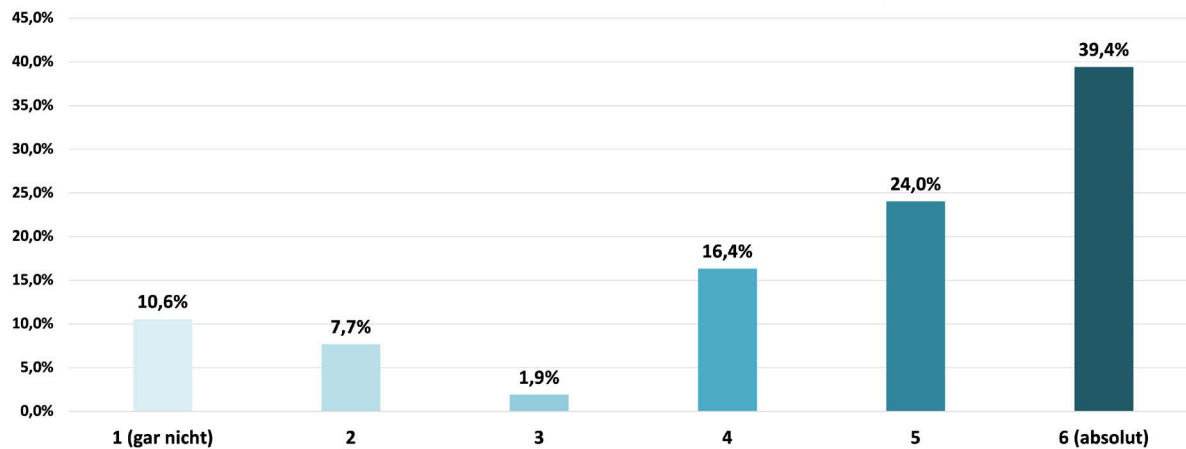


Abbildung 23 – Fehlt es Österreich als Vermittler an geopolitischem Gewicht?

Österreich könnte durchaus zu einer Vermittlerrolle wie zu Zeiten des Kalten Krieges zurückfinden, müsste dafür jedoch grundlegende Änderungen seiner Außenpolitik in Kauf nehmen.

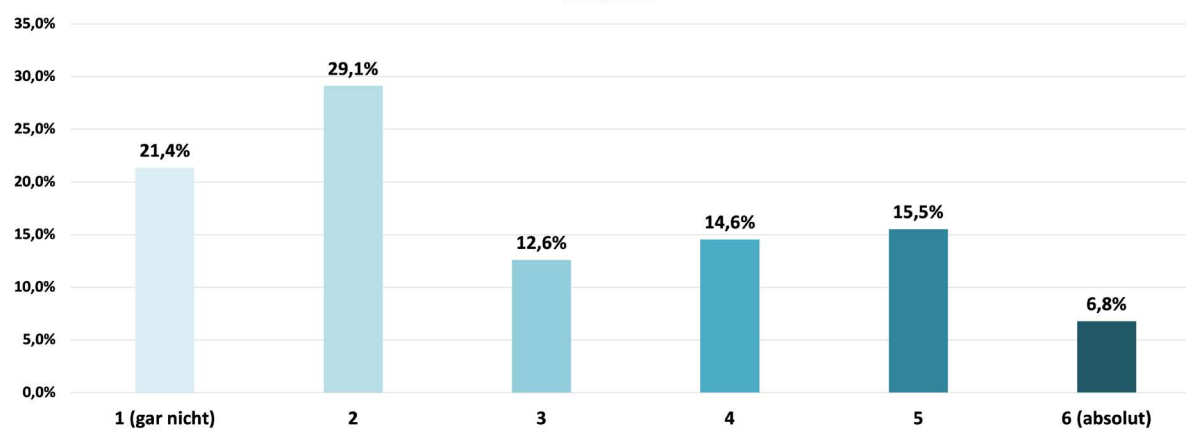


Abbildung 24 – Eine mögliche Rückkehr Österreichs in seine alte Rolle?

Unabhängigkeit Österreichs in seinen außenpolitischen Positionen nur mehr eingeschränkt gegeben beziehungsweise gestattet ist. Dies könnte durchaus zu Interessenskonflikten führen, wenn es im Sinne der diplomatischen Vermittlung notwendig wäre, eine Position der Äquidistanz zwischen konkurrierenden Machtblöcken einzunehmen. Zumal man selbst, wenn auch nicht vollumfänglich, Teil einer dieser beiden Machtblöcke ist. Insbesondere auch im Hinblick auf die vermeintliche Außenwahrnehmung.

Zum anderen verfügt Österreich weder über ein besonderes geopolitisches Alleinstellungsmerkmal – wie etwa seine geografische Lage zwischen Ost und West verknüpft mit dem Status der Neutralität während des Kalten Krieges – noch über genügend geopolitisches Gewicht – wie es

etwa die Türkei im Zuge des Ukraine-Krieges demonstriert – um sich im derzeit stattfindenden Rennen um die globale Vormachtstellung als ausgleichendes Element zu etablieren. Etwaige Alleingänge Österreichs auf dem diplomatischen Parkett, wie etwa der Moskaubesuch des Bundeskanzlers zu Beginn der russischen Invasion in der Ukraine, könnten demnach eher zu Verstimmungen innerhalb der Europäischen Union als zur Beilegung internationaler Konflikte beitragen. Die diplomatische Expertise und der exzellente Ruf als Gastgeberland, den Österreich zweifelsohne genießt, sollten demnach mit europäischen Partnern akkordiert und im Sinne der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zur Entfaltung gebracht werden. Die höchsten Ebenen der Weltpolitik aktiv mitzugestalten und in versöhnlichere Bahnen zu lenken vermag Europa wohl nur, wenn sich die 27 EU-Mitgliedsstaaten im Gleichschritt befinden. ■

3.6 IDEALTYPISCHE AUSGESTALTUNG DER ÖSTERREICHISCHEN NEUTRALITÄT

Unterkapitel 3.6 beschäftigt sich mit Aussagen betreffend einer *idealtypischen* Ausgestaltung der österreichischen Neutralität, die zuerst hinsichtlich deren Relevanz und anschließend hinsichtlich deren Realisierbarkeit zu beurteilen waren. Es sei darauf hingewiesen, dass die Auswahl an genannten *idealtypischen* Maßnahmen nicht den subjektiven Standpunkt des Autors widerspiegeln soll, sondern Forderungen umfasst, wie sie auch im öffentlichen Diskurs wiederholt zum Ausdruck gebracht wurden. Die gewichteten Mittelwerte zur Relevanz (blau) und Realisierbarkeit (rot) der sechs aufgestellten Thesen können Abbildungen 25 und 26 entnommen werden.

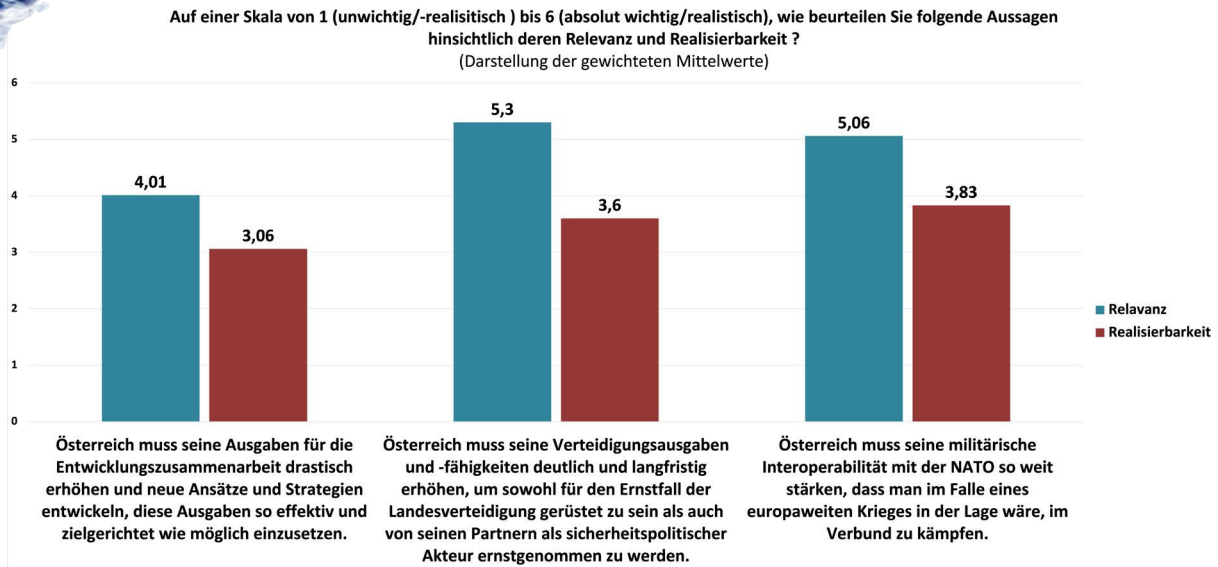


Abbildung 25 – Aussagen zur „idealtypischen“ Ausgestaltung der österreichischen Neutralität (1-3)

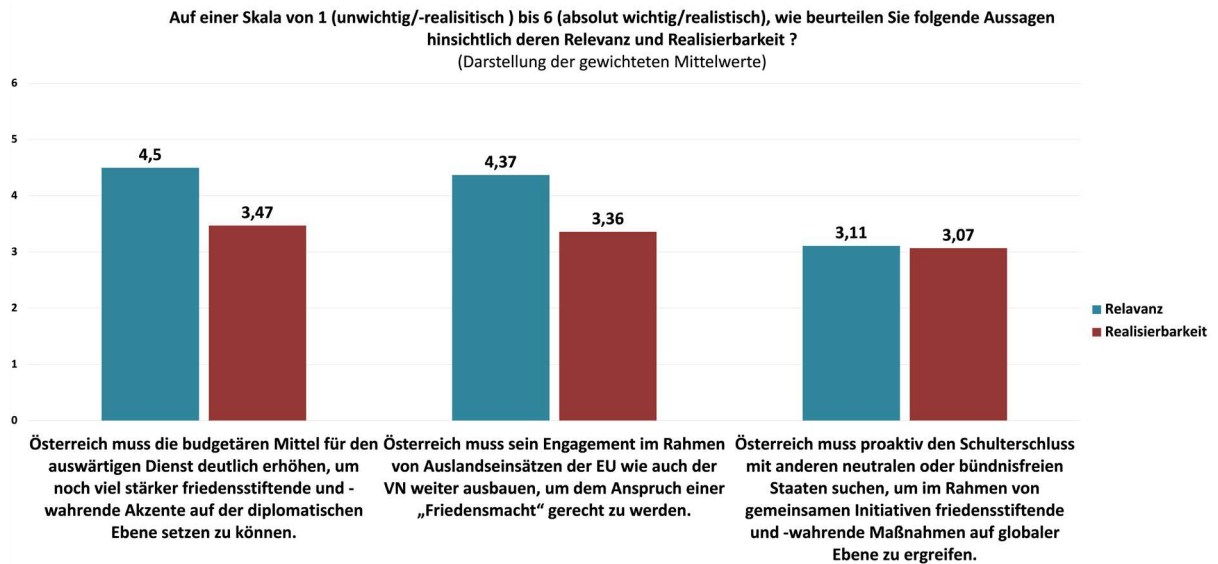


Abbildung 26 – Aussagen zur „idealtypischen“ Ausgestaltung der österreichischen Neutralität (4-6)

Beinahe alle Aussagen haben gemein, dass sie hinsichtlich deren Realisierbarkeit eindeutig hinter der von den Teilnehmer:innen beurteilten Relevanz zurückbleiben. Ein Indiz dafür, dass das Vertrauen der Expert:innen-Community in die Politik, betreffend der Außen-, Sicherheits-, und Verteidigungspolitik angemessene Maßnahmen zu ergreifen, nicht vollends intakt ist. Besonders große Zustimmung mit einem gewichteten Mittelwert von 5,3 erhielt die Aussage, wonach Österreich seine Verteidigungsausgaben und -fähigkeiten deutlich und langfristig erhöhen müsse, um sowohl für den Ernstfall der Landesverteidigung gerüstet zu sein als auch von seinen Partnern als sicherheitspolitischer Akteur ernstgenommen zu ➤

werden. Ein Grundpfeiler der Neutralität, zumindest in der Theorie, ist deren Wehrhaftigkeit beziehungsweise die militärische Abschreckung gegenüber potenziellen Aggressoren.

Gänzlich ernstgenommen wurde diese Maxime seitens der Politik seit 1955 jedoch noch nie, was einerseits mit der Friedensdividende nach 1991, andererseits mit der Auffassung, wonach sich Österreich im Ernstfall eines heiß gewordenen Kalten Krieges ohnehin nicht entsprechend verteidigen hätte können, erklärt werden kann.²⁵ Wie die jüngsten Entwicklungen nur etwa 400 Kilometer Luftlinie von der österreichischen Grenze jedoch zeigen, wurde der Krieg in Europa nicht für alle Ewigkeit in die Geschichtsbücher verbannt. Zudem macht es sehr wohl einen Unterschied – wie die Ukraine eindrucksvoll demonstrierte – ob man einem auf dem Papier übermächtigen Invasor freies Geleit gestattet oder in der Lage ist, für begrenzte Zeit eigenständig Paroli zu bieten, bis Unterstützung durch andere Staaten eingetroffen ist. Natürlich profitiert Österreich in großem Maße von seiner geographischen Lage, doch zahlreiche militärische Gefahren, wie etwa das Spektrum der hybriden Bedrohungen, sind heutzutage nicht mehr rein ortsgebunden.

Außerdem trägt Österreich durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union nicht mehr nur Verantwortung für seine eigene Sicherheit. Es lässt sich durchaus argumentieren, dass die Verletzung des Staatsgebietes und der Souveränität eines jeden EU-Mitgliedsstaates durch

einen Aggressor auch unmittelbare Auswirkungen auf die Souveränität der gesamten Union sowie die individuellen Freiheiten seiner Bürger:innen hat – denn durch die Bündelung von nationaler Souveränität auf europäischer, supranationaler Ebene und der Schaffung der Unionsbürgerschaft ist Europa zu einem Gutteil organisch zusammengewachsen. Dementsprechend ist es auch Aufgabe Österreichs und seiner Institutionen, einen angemessenen Beitrag zur Sicherheit und Verteidigung Europas zu leisten, was bereits innerhalb der eigenen Staatsgrenzen beginnt.

Der Beschluss des Landesverteidigungs-Finanzierungsgesetzes (LV-FinG) im November 2022²⁶, womit Beschaffungsprozesse transparent und längerfristig gestaltet werden sollen, sowie die Ankündigung der österreichischen Bundesregierung, die Ausgaben für die Landesverteidigung bis 2027 auf 1,5% des BIP anheben und in neue Ausrüstung investieren zu wollen²⁷, sind in diesem Zusammenhang als sehr angemessen zu beurteilen. Eine Meinung, die auch unter den Expert:innen stark vertreten ist, wie Abbildung 27 zu entnehmen ist. So stimmten über 50% der Aussage absolut zu, wonach die Ausgaben für das österreichische Bundesheer langfristig auf mindestens 1,5% des BIP gesteigert werden sollen. Die Betonung liegt in diesem Zusammenhang jedenfalls auf langfristig, denn eine kurze Periode erhöhter budgetärer Mittel würde zwar den Investitionsrückstau minimieren, jedoch keine nachhaltige Wehrhaftigkeit und Resilienz Österreichs gewährleisten. ➔

Um die Aufgaben militärische Landesverteidigung, Assistenzeinsätze im Inland und internationales Krisenmanagement angemessen wahrnehmen zu können, sollten die Ausgaben für das ÖBH langfristig auf mindestens 1,5% des BIP gesteigert werden.

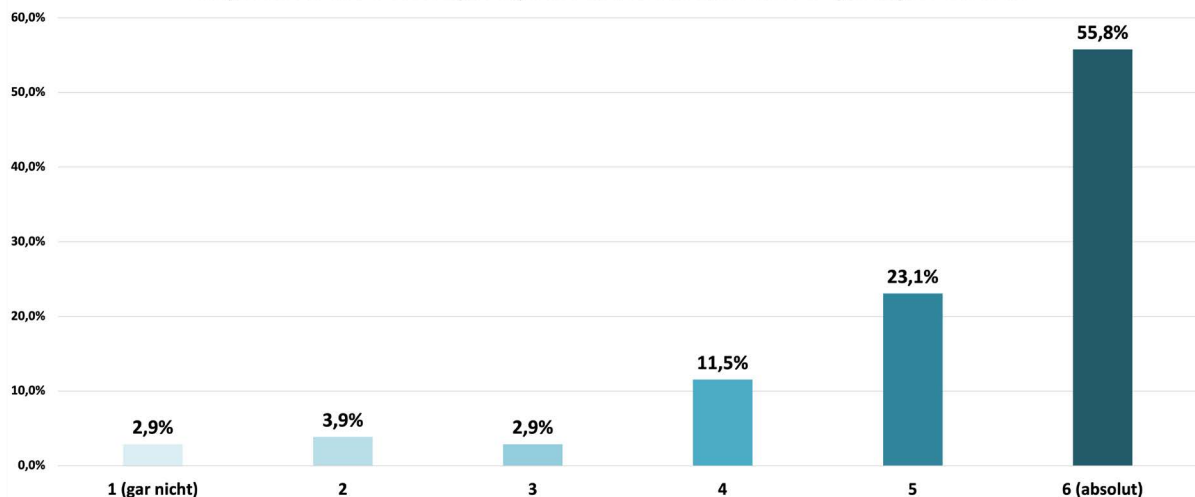


Abbildung 27 – Angemessene Ausgaben für die Landesverteidigung

Ebenso wurde im gewichteten Mittel den Aussagen eher bis sehr zugestimmt, wonach Österreich seine budgetären Mittel für den auswärtigen Dienst erhöhen (4,5), sein Engagement im Rahmen von Auslandseinsätzen der EU wie auch VN weiter ausbauen (4,37), sowie seine Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit drastisch erhöhen soll (4,01). Allesamt zweifelsfrei Maßnahmen, die in die Bewältigung der wachsenden Aufgaben, die Österreich und die Europäische Union insbesondere in der unmittelbaren Nachbarschaft vorfinden, einzahlen würden. Wie in Unterkapitel 3.1 „Österreich als Vermittler und Brückenbauer“ bereits ausgeführt, identifizierten zahlreiche Teilnehmer:innen dieser Umfrage vor allem den Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen als eines der größten Hemmnisse in der Wahrnehmung einer aktiveren Vermittlerrolle Österreichs im internationalen Staatensystem. Dementsprechend wenig überrascht die hohe Zustimmung für eine Erhöhung der budgetären Mittel für den auswärtigen Dienst. Zum Thema Ausbau des Engagements im Rahmen von Auslandseinsätzen der EU wie auch der VN sei positiv hervorzuheben, dass Österreich bei GSVP-Missionen bereits jetzt relativ zur Bevölkerung zu den größten Truppenstellern der Union zählt und insbesondere am Westbalkan eine Führungsrolle einnimmt.²⁸

Hingegen eher ablehnend gesehen – mit einem gewichteten Mittelwert von 3,11 – wurde die These, wonach Österreich den Schulterschluss mit anderen neutralen oder bündnisfreien Staaten suchen soll, um im Rahmen von gemeinsamen Initiativen friedensstiftende und -wahrende Maßnahmen auf globaler Ebene zu ergreifen. Ein solches Vorgehen – sofern überhaupt realisierbar – würde wohl das Profil Österreichs als neutraler Akteur schärfen, der bereits thematisierten Verortung Österreichs im Verbund der EU jedoch möglicherweise zuwiderlaufen. In der Gesamtbetrachtung der Umfrageergebnisse ergibt sich jedenfalls ein durchaus eindeutiges Bild, wonach Österreich mehr Ressourcen in die Außen- und Verteidigungspolitik investieren wird müssen, will das Land den eigenen, historisch bedingt hohen Ansprüchen gerecht werden, was seine Bedeutung in den internationalen Beziehungen betrifft. ■

3.7 ZUKÜNFTIGE AUSRICHTUNG DER ÖSTERREICHISCHEN STREITKRÄFTE

Ein weiteres Themenfeld beschäftigte sich mit Aussagen zur zukünftigen Ausrichtung der österreichischen Streitkräfte. Die Grundannahme war, dass die strategische Ausrichtung des österreichische Bundesheeres (ÖBH) in den letzten Jahren in einem Spannungsverhältnis zwischen den parallel verfolgten Zielen „Renationalisierung“ – eine stärkere innerstaatliche Rolle wie Assistenzaufgaben – und „Europäisierung“ – Engagement im GSVP-Rahmen und Beteiligung an internationalen Missionen – stand. Wie Generalmajor Johann Frank im Handbuch Außenpolitik Österreich feststellte, wird das ÖBH seit geraumer Zeit, insbesondere seit der Migrationskrise 2015, weniger als Mittel der Außensicherheitspolitik, sondern vorrangig als Mittel der inneren Sicherheit gesehen.²⁹ Die strategische Kultur hätte sich dabei „zuletzt klar von außen nach innen, von einem aktiven Gestaltungsanspruch zu abwartender Reaktion, von effekt-orientierten zu mehr symbolischen Beiträgen zur internationalen Sicherheit verändert“.

Jedoch hätten nicht nur die innere Sicherheit betreffende Krisen dazu geführt, dass sich die strategische Ausrichtung des ÖBH verstärkt auf nationale Aufgaben verlagerte. Die Wurzel der bestehenden Ambivalenz zwischen „Europäisierung“ und „Renationalisierung“ läge

vielmehr der Österreichischen Sicherheitsstrategie (ÖSS) aus dem Jahr 2013, dem aktuell zentralen Grundlegendokument für das ÖBH, zugrunde. Obwohl diese die Ausrichtung auf die EU als den wichtigsten sicherheitspolitischen Handlungsrahmen Österreichs fortschrieb, wurden laut Generalmajor Frank Empfehlungen definiert, die eine gleichwertige Verfolgung von sowohl internationalen als auch nationalen Aufgaben festlegten. Praktisch realisierbar sei diese Doppelgleisigkeit in der strategischen Ausrichtung des ÖBH, vor allem aufgrund der budgetären Rahmenbedingungen, jedoch nie gewesen.

Die Teilnehmer:innen der Umfrage wurden demnach befragt, ob eine klare Priorisierung einer dieser beiden Ziele zum Zwecke der verbesserten strategischen Planung und effizienteren Nutzung von Ressourcen vollzogen werden soll. Die gewichteten Mittelwerte der drei zu beurteilenden Aussagen können Abbildung 28 entnommen werden. ➤

Auf einer Skala von 1 (gar nicht) bis 6 (absolut), wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?
(Darstellung der gewichteten Mittelwerte)

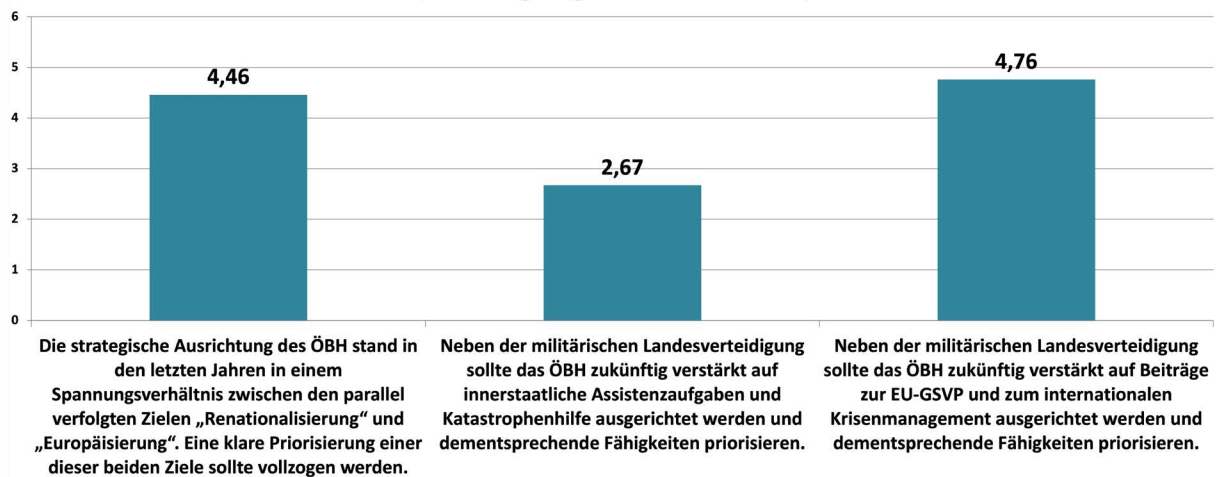


Abbildung 28 - Zukünftige Ausrichtung der österreichischen Streitkräfte

Wie in Abbildung 29 ersichtlich, stimmten beinahe 75% der Expert:innen der Aussage, wonach eine Priorisierung auf „Renationalisierung“ oder „Europäisierung“ vollzogen werden solle, absolut, sehr oder eher zu. Einer klareren Priorisierung der strategischen Ausrichtung des ÖBH wurde somit eine sehr eindeutige Zustimmung erteilt.

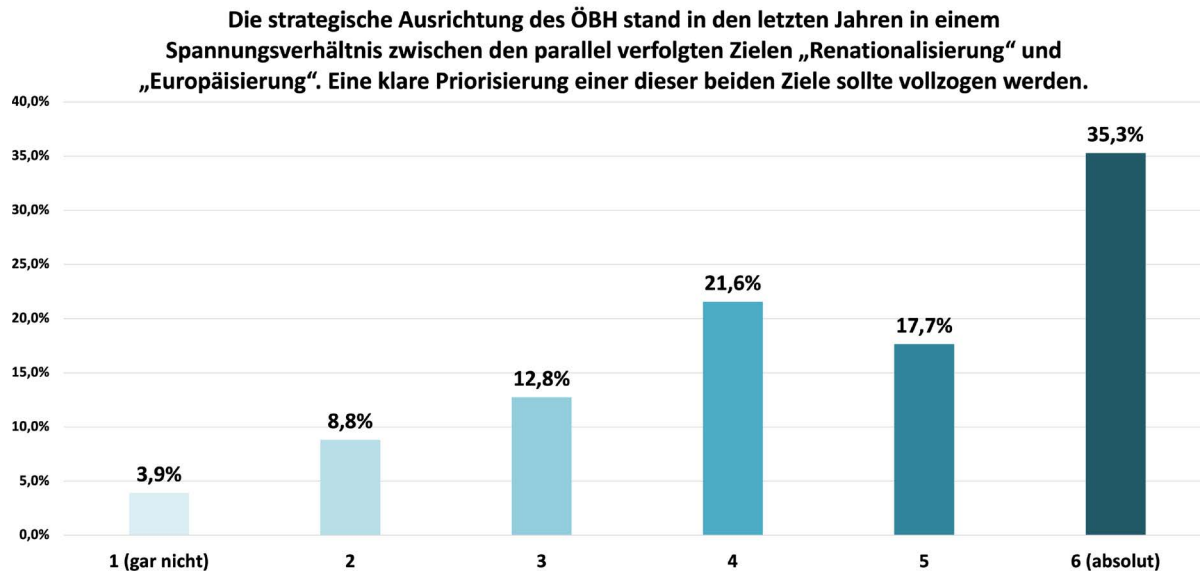


Abbildung 29 – Priorisierung der Ziele in der strategischen Ausrichtung des ÖBH

Weiters wurden die Expert:innen befragt, ob das ÖBH neben der militärischen Landesverteidigung zukünftig verstärkt auf innerstaatliche Assistenzaufgaben (siehe Abb. 30) oder auf Beiträge zur EU-GSVP und internationalen Missionen (siehe Abb. 31) ausgerichtet werden soll, um dementsprechende Fähigkeiten zu priorisieren. ➔

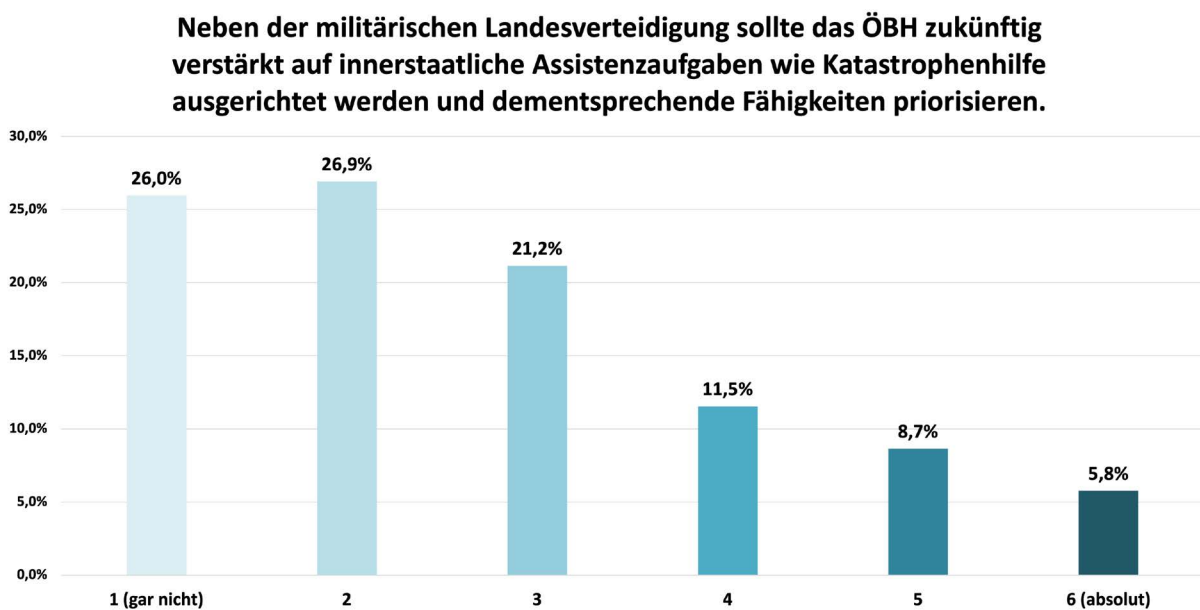


Abbildung 30 – Priorisierung der innerstaatlichen Aufgaben

Neben der militärischen Landesverteidigung sollte das ÖBH zukünftig verstärkt auf Beiträge zur EU-GSVP und zum internationalen Krisenmanagement ausgerichtet werden und dementsprechende Fähigkeiten priorisieren.

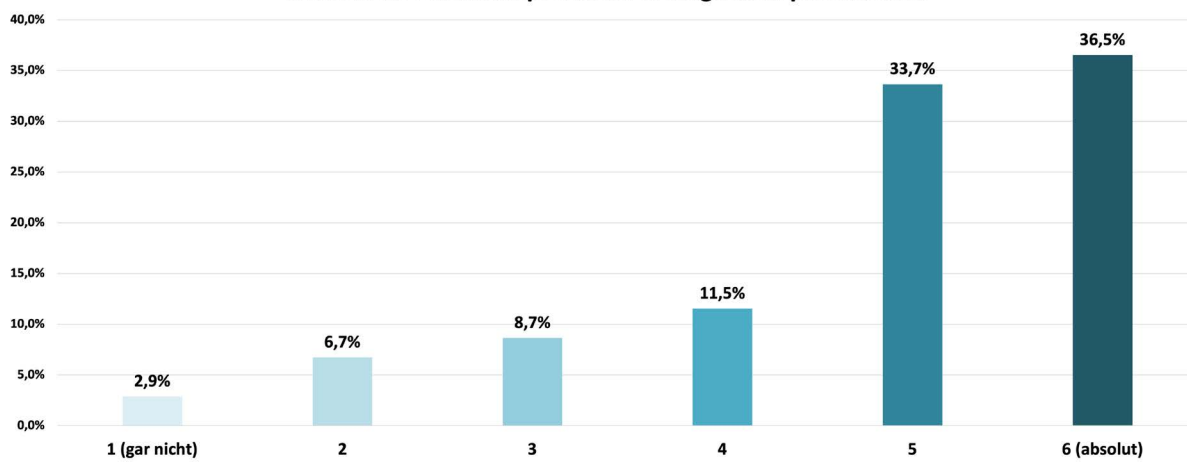


Abbildung 31 – Priorisierung auf Beiträge zur GSVP und internationale Missionen

Die im Hinblick auf die zukünftige strategische Ausrichtung des ÖBHs zum Ausdruck gebrachte Meinung ist sehr eindeutig ausgefallen, wie Abbildungen 30 und 31 zeigen. Mit einem gewichteten Mittelwert von 4,76 und einer Zustimmung von sehr bis absolut von über 70% wurde eine Priorisierung der Beiträge zur EU-GSVP und internationalen Aufgaben als deutlich wichtiger eingestuft als eine verstärkte Ausrichtung hin zu innerstaatlichen Aufgaben, was mit einem gewichteten Mittelwert von lediglich 2,67 von 6 eine relativ deutliche Ablehnung erfuhr. Gerade vor dem Hintergrund einer stattfindenden Überarbeitung der Österreichischen Sicherheitsstrategie wäre es zielführend, diese von den Expert:innen eindeutig bestätigte Ambivalenz aufzulösen und strategisch sinnvolle, mit den vorhandenen budgetären Mitteln in Einklang zu bringende, Prioritäten zu erarbeiten. ■

3.8 MÖGLICHE IMPLIKATIONEN EINER ABKEHR VON DER NEUTRALITÄT

Der letzte Themenblock der Umfrage setzte sich mit möglichen Implikationen einer – derzeit nicht absehbaren – Abkehr Österreichs von der Neutralität auseinander (siehe Abb. 32). Ein besonders interessantes Ergebnis offenbarte sich bei der zu bewertenden Aussage, wonach eine Abkehr von der Neutralität den Standort Wien als Sitz internationaler Organisation stark gefährden würde. Denn mit einem gewichteten Mittelwert von 2,42 von 6 erfuhr diese Aussage eine relativ deutliche Ablehnung. Interessant deshalb, weil das Argument, wonach wichtige internationale, in Wien ansässige, Organisationen abwandern könnten, sollte die österreichische Neutralität aufgegeben werden, in der Neutralitätsdebatte oftmals ins Treffen geführt wird. Laut mehrheitlicher Meinung der Teilnehmer:innen dieser Umfrage wäre von dieser Konsequenz nicht zwingend auszugehen.

Keine eindeutige Neigung ergab sich bei der Frage, ob Österreich bei einer Abkehr von der Neutralität dennoch in der Lage wäre, als Vermittler im internationalen Staatensystem aufzutreten. Grundsätzlich sei hier anzumerken, dass der Status der Neutralität einer Vermittlerrolle in bestimmten Situationen mit Sicherheit dienlich sein kann. Wie in Unterkapitel 3.1 bereits erläutert, scheint die Neutralität jedoch keinen wissenschaftlich nachweisbaren Vorteil, weder in der Erlangung eines Vermittlermandates noch in der erfolgreichen Vermittlung selbst, zu bieten. Vor diesem Hintergrund könnte somit argumentiert

werden, dass eine Abkehr von der Neutralität keinen fundamentalen Einfluss auf eine mögliche Vermittlerrolle Österreichs im internationalen Staatensystem haben würde.

Überraschend ähnlich ausgefallen ist die Zustimmung für zwei – durchaus gegensätzlich anmaßende – Aussagen, wonach bei einer Aufgabe der Neutralität einerseits ein NATO-Beitritt die einzig logische Konsequenz wäre (3,98), andererseits auch ein rein europäischer Weg ohne NATO-Mitgliedschaft in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik beschritten werden könnte (3,82). Die Essenz dieser beiden Ergebnisse ließe sich wohl damit beschreiben, dass für die Expert:innen im Falle einer Abkehr von der Neutralität vor allem Sicherheit im Verbund oberste Priorität hat und weniger die spezifische Institution, in der diese verwirklicht wird. Zudem sei gesagt, dass, auch im Hinblick auf den NATO-Beitritt von Finnland und Schweden, sich eine Differenzierung zwischen rein europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Entwicklungen innerhalb der NATO zunehmend schwierig gestaltet. Eine Abkehr von der Neutralität ohne gleichzeitiger Annäherung bis hin zu einem Eintritt in die NATO wäre – nimmt man die aktuellen Entwicklungen als

Auf einer Skala von 1 (gar nicht) bis 6 (absolut), wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu einer derzeit nicht absehbaren Abkehr von der österreichischen Neutralität zu?
(Darstellung der gewichteten Mittelwerte)

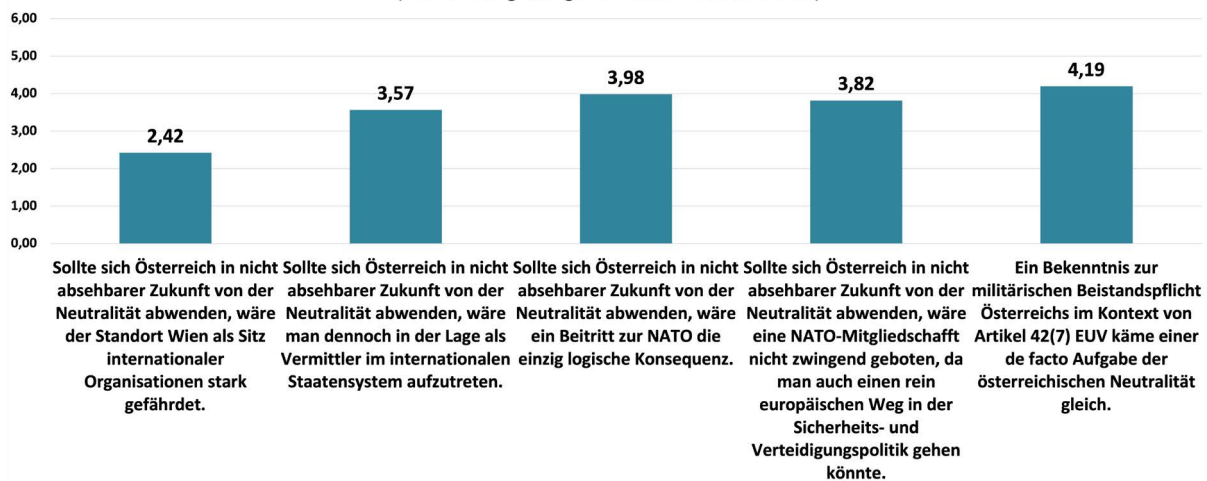


Abbildung 32 – Mögliche Implikationen einer Abkehr von der Neutralität

Referenzrahmen – wohl als strategisch-kurzfristige Kompromisslösung zu beurteilen. Denn sollte die NATO der primäre Handlungsrahmen europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik bleiben beziehungsweise sich noch weiter als solcher konsolidieren, bliebe ein rein europäischer Weg für Österreich bei gleichzeitiger Abkehr von der Neutralität ohne nennenswerten strategischen Mehrwert.

Letztlich wurden die Teilnehmer:innen darum gebeten, die Aussage, wonach ein Bekenntnis zur militärischen Beistandspflicht Österreichs im Kontext von Artikel 42(7) EUV einer de facto Aufgabe der Neutralität gleichkäme, zu beurteilen. Mit einem gewichteten Mittelwert von 4,19 wurde dieser These eher zugestimmt. Interessant hierbei ist es auch, sich die Zustimmung zur bereits behandelten Frage, ob Österreich im Anlassfall militärischen Beistand leisten soll, vor Augen zu führen, was mit einer eindeutigen Zustimmung von 5,04 von 6 im gewichteten Mittel bewertet wurde. Diese beiden Aussagen zusammengenommen erlauben die Interpretation, dass ein Großteil der Expert:innen wohl dazu bereit wäre, die Neutralität im Angesicht einer, den Beistandsfall auslösenden, militärischen Bedrohung gegen einen EU-Mitgliedsstaat aufzugeben. ■

4. Neutralität in 280 Zeichen:

Eine Analyse der Twitter-Diskussion zur österreichischen Neutralität

von **Adam Urosevic**, AIES Research Associate

Im Zuge des im Februar 2022 ausgebrochenen russischen Angriffskrieges in der Ukraine hat die Frage der österreichischen Neutralität erheblich an öffentlicher Bedeutung gewonnen. Diese Analyse zielt darauf ab, die Erzählungen und Akteur:innen zu untersuchen, die die öffentliche Debatte über die österreichische Neutralität auf Twitter ("X") prägen. Unser Datensatz beinhaltet 65.984 Tweets, die im Zeitraum von Jänner 2021 bis März 2023 gesammelt wurden. Dabei liegt der Fokus darauf, zu verstehen, wie sich diese Debatten im Laufe der Zeit entwickelt haben.

Es ist wichtig zu betonen, dass Twitter keine Abbildung der allgemeinen öffentlichen Meinung ist, sondern vielmehr eine Plattform für Meinungsmacher:innen sowie den politisch-medialen Mainstream darstellt, bestehend aus Meinungsführer:innen sowie Massenmedien. Diese Akteur:innen nehmen eine zentrale Orientierungsfunktion ein und spielen eine entscheidende Rolle bei der Formung der öffentlichen Meinung. Sie bieten daher einen wertvollen Einblick in die sich wandelnden Ansichten zur österreichischen Neutralität.

Um ein umfassendes Bild dieser Debatte zu zeichnen, setzen wir einen gemischten Methodenansatz ein, der Zeitreihenanalyse, soziale Netzwerkanalyse, Diskursanalyse und Sentimentanalyse kombiniert. Dies ermöglicht uns, Einblicke in verschiedene Aspekte der Debatte zu gewinnen, darunter:

Wie entwickelt sich die Debatte um die Neutralität im Laufe der Zeit, insbesondere im Zusammenhang mit dem russischen Krieg in der Ukraine?

Wer sind die Hauptakteure und Meinungsführer:innen in der Debatte um die Neutralität auf Twitter?

Welche Hauptthemen und Diskussionschwerpunkte gibt es in der Debatte und wie sind sie miteinander verknüpft?

Existieren innerhalb der Debatte unterschiedliche Gemeinschaften und falls ja, wie interagieren sie miteinander?

Durch die Beantwortung dieser Fragen streben wir an, ein differenziertes Verständnis der Dynamiken und Akteur:innen zu erlangen, die die öffentliche Meinung und Diskussion um die österreichische Neutralität beeinflussen. ■

4.1 ZEITREIHEN- UND HASHTAGANALYSE

Die Zeitreihenanalyse zeigt, dass die **russische Invasion der Ukraine im Februar 2022 einen signifikanten Einfluss auf die Debatte** hatte. Insbesondere ist die Anzahl der Tweets und der beteiligten Nutzer:innen seit diesem Zeitpunkt dramatisch gestiegen.

Allgemein gesprochen zeigt die Zeitachse, dass die Debatte durch eine Handvoll deutlicher Spitzen angetrieben wird. Dies legt die Vermutung nahe, dass die Debatte weitgehend von externen, spezifischen Ereignissen und nicht von einer in Österreich selbst geführten Diskussion abhängt.

Der größte Peak findet am 16. März 2022 mit 7502 Tweets statt. Interessanterweise ist dies mehr als zwei Wochen nach dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine. Der Auslöser war eine

Pressemitteilung des Kremls, die behauptete, eine Einigung zwischen Russland und der Ukraine basiere auf einem Neutralitätsmodell "wie in Österreich". Das wirft ein Schlaglicht darauf, wie die österreichische Neutralität in geopolitischen Debatten instrumentalisiert werden kann, selbst wenn Österreich selbst nicht der primäre Akteur oder das primäre Thema ist. ➔

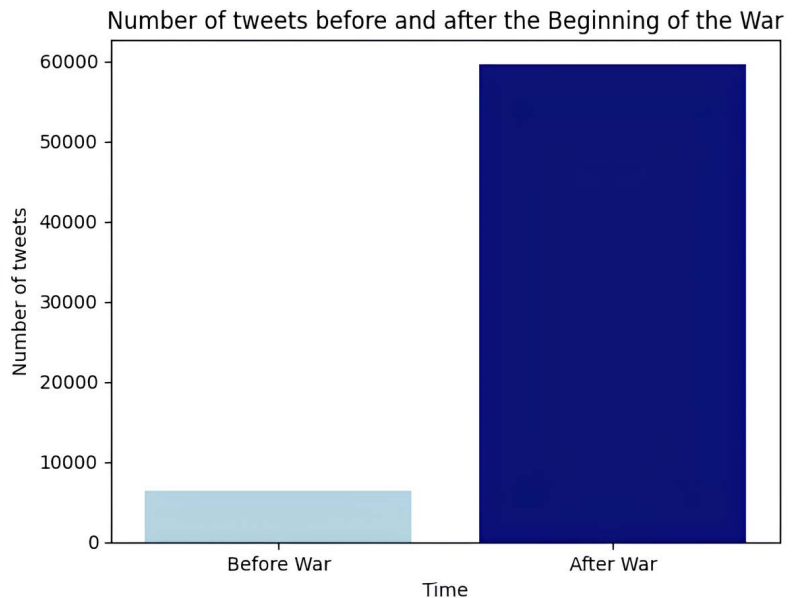


Abbildung 33 - Anzahl der Tweets vor- und nach Ausbruch des Krieges

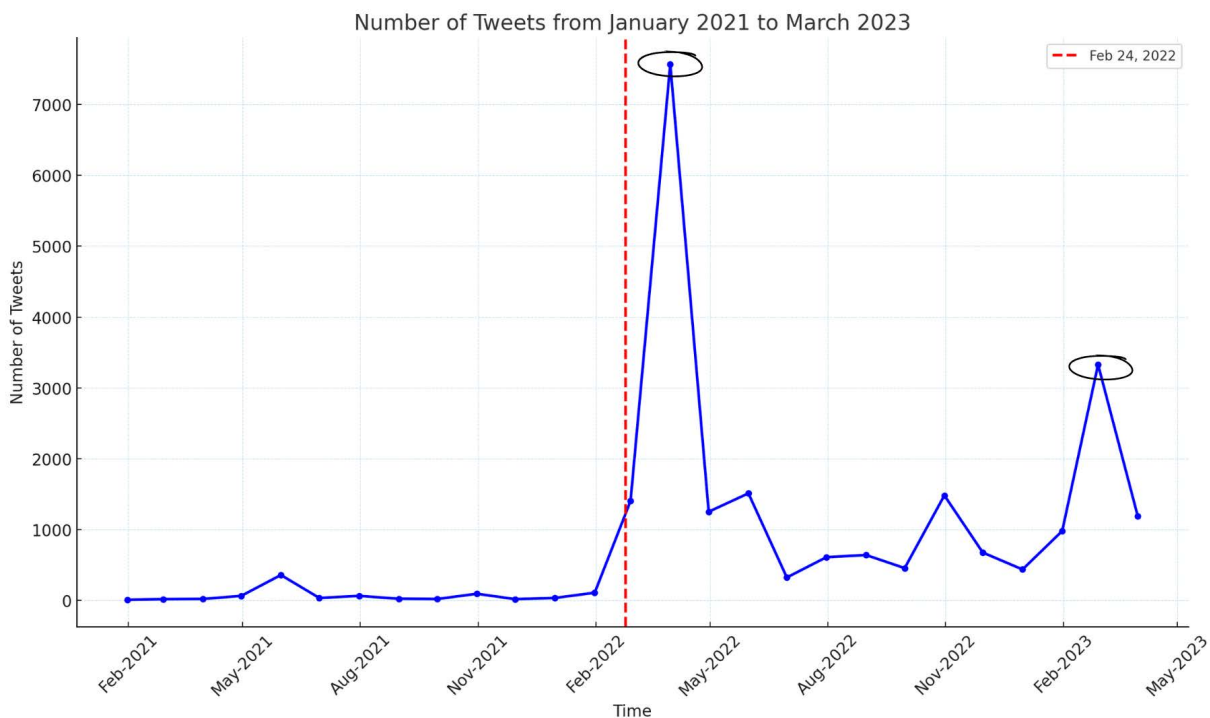


Abbildung 34 - Tweets zur österreichischen Neutralität im zeitlichen Verlauf (Jan. 2021 - Mär. 2023)

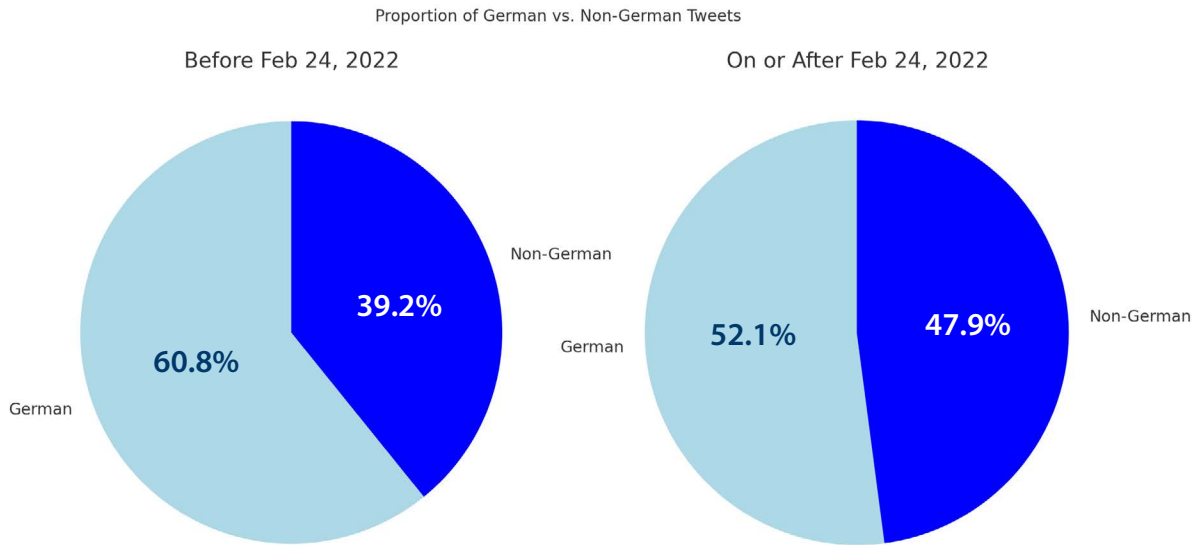


Abbildung 35 - Verhältnis von deutschen vs. nicht-deutschen Tweets

Beschreibung: Vor dem 24. Februar 2022 bestanden die Tweets im Datensatz zu 60,8% aus deutschen Tweets und zu 39,2% aus nicht-deutschen Tweets. Nach dem 24. Februar 2022 änderte sich diese Verteilung signifikant: Deutsche Tweets machten nur noch 52,1% aus, während der Anteil der nicht-deutschen Tweets auf 47,9% anstieg. Dies deutet auf eine Zunahme der internationalen Beteiligung an der Diskussion hin.

Change in Occurrences of Hashtags Related to the Russian Invasion of Ukraine

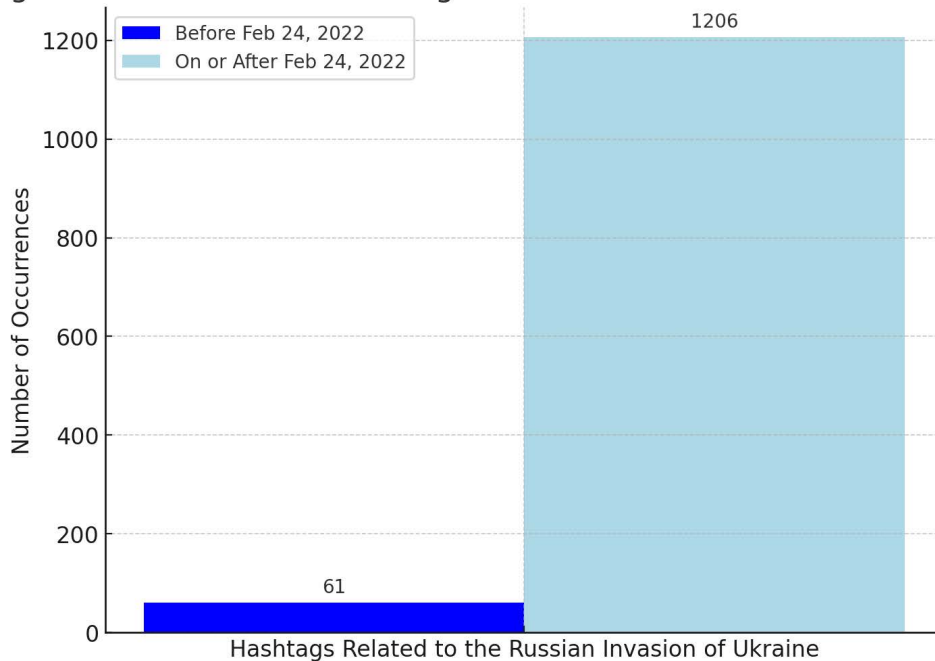


Abbildung 36 - Veränderung in der Häufigkeit von Hashtags in Bezug auf die russische Invasion in der Ukraine

Beschreibung: Nach dem Beginn der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 hat die Präsenz von Hashtags, die mit der Ukraine und Russland in Zusammenhang stehen, signifikant zugenommen; sie machen nun etwa 5,62% aller Tweets aus, was einem relativen Anstieg von etwa 21,4% entspricht. Dies deutet darauf hin, dass die Debatte nun stark im Kontext der geopolitischen Ereignisse in der Ukraine verankert ist. ■

4.2 SENTIMENT ANALYSE

In unserer Analyse haben wir eine AI-basierte Gefühlsbewertung (Sentimentanalyse) aller Tweets durchgeführt. Die Sentimentanalyse klassifiziert die Emotionalität eines jeden Tweets als positiv, negativ oder neutral. Obwohl der Durchschnittswert der Stimmung in den Tweets nur geringfügig sank (von 0.020459 vor der Invasion auf 0.015573 danach), bietet dies wenig Aufschluss über die allgemeine Stimmung.

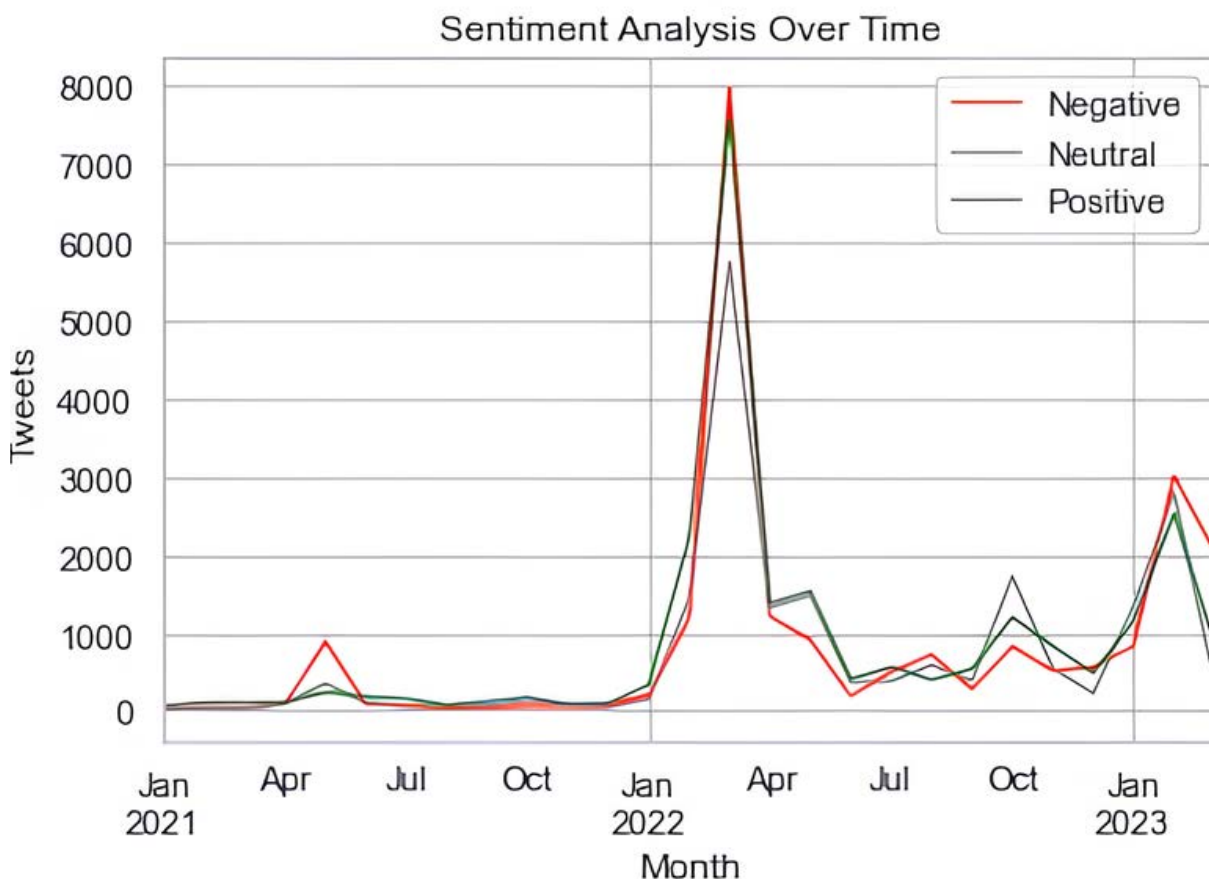


Abbildung 37 - Sentimentanalyse im zeitlichen Verlauf

Die tieferen Erkenntnisse ergeben sich aus der zeitlichen Entwicklung der Sentimentdaten. Insbesondere beim größten ‚Peak‘ am 16. März 2022, waren neutrale Beiträge deutlich seltener. Dies deutet darauf hin, dass die Diskussion zu diesem Zeitpunkt besonders polarisierend und emotional geladen war.

Eine weitere Erkenntnis aus der zeitbasierten Sentimentanalyse ergab sich im Mai 2021 durch einen markanten Anstieg an Tweets mit negativem Sentiment. Dieser Anstieg war eng verbunden mit der kontroversen Entscheidung des damaligen Bundeskanzlers Sebastian Kurz, eine israelische Flagge auf dem Dach des Bundeskanzleramtes (sowie des Außenministeriums) zu hissen. Diese Geste der Solidarität mit Israel während der Kämpfe im Gazastreifen führte zur kurzfristigen Absage eines Besuchs des iranischen Außenministers in Österreich. Der überproportional hohe Anteil an negativen Tweets zeigt, dass die Twitter-Nutzer:innen die Entscheidung, die Flagge in Anbetracht der österreichischen Neutralität zu hissen, besonders kritisch sahen. ■

4.3 SOZIALE NETZWERKANALYSE

Die soziale Netzwerkanalyse ermöglicht eine umfassende *Vogelperspektive* auf komplexe Diskussionen und Diskurse, wie sie auf sozialen Netzwerken wie Twitter stattfinden. Dabei liegt die Herausforderung nicht nur im Sammeln der Daten, sondern vor allem darin, diese in Beziehung zueinander zu setzen und zu interpretieren. Interessanterweise liefern selbst die einfachen Verbindungsdaten bereits wertvolle Einblicke in die Struktur und die beteiligten Akteure von Diskussionen.

Die Fragen "Wie dicht ist das Netzwerk?", "Gibt es verschiedene Teilnetzwerke innerhalb davon?" und "Welche Accounts nehmen eine herausragende Stellung in diesem Netzwerk ein?" sind zentrale Aspekte der sozialen Netzwerkanalyse.

Im Fall der österreichischen Neutralitätsdebatte haben wir uns auf die Analyse von einzelnen Gemeinschaften konzentriert. Die Netzwerkanalyse half uns dabei, wichtige Argumente, Nutzergruppen sowie deren Verbindungen und Interaktionen zu identifizieren. Besonders aufschlussreich war es zu erkennen, welche Nutzer:innen innerhalb ihrer jeweiligen Gruppen einen erhöhten Einfluss hatten. Dies ermöglichte es uns, die Dynamik der Diskussion besser zu verstehen und wie die Akteur:innen in sozialen Netzwerken miteinander verbunden sind.

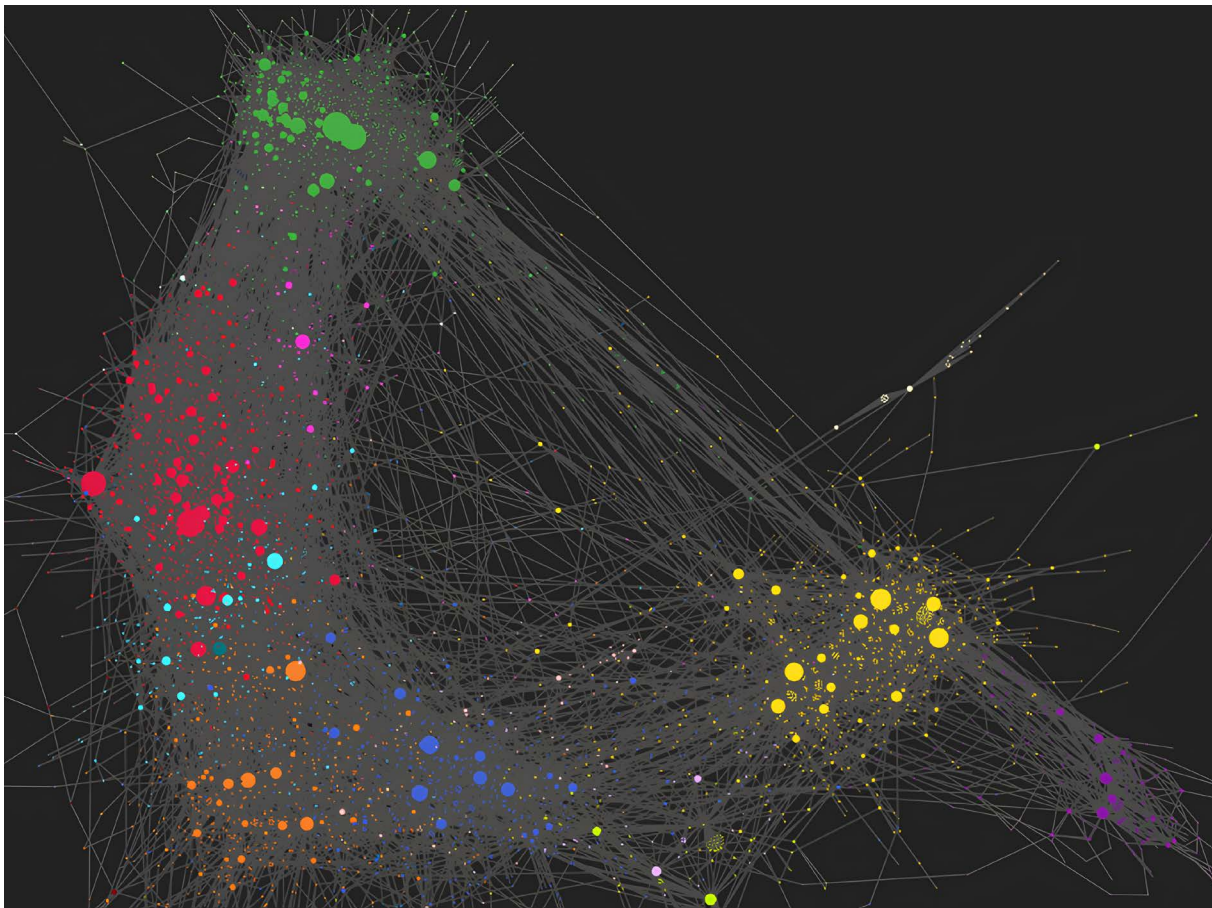


Abbildung 38 - Retweet-Netzwerk der österreichischen Neutralitätsdebatte. Erstellt von Adam Urosevic mit "twitter explorer"³⁰

Das sogenannte „Retweet Netzwerk“ zeigt Nutzer:innen als Kreise und die Verbindungen zwischen ihnen als Linien. Jeder Kreis steht für eine/n Nutzer:in, während die Linien Retweets von einem Account zum anderen darstellen. Die Position und Farbe der Kreise zeigen an, welcher Gruppe sie angehören.

Um ähnliche Nutzer:innen zu erkennen und in Gruppen zusammenzufassen, wird die Gemeinschaftserkennung verwendet. Dieser Prozess ist vergleichbar mit dem Zusammensetzen eines Puzzles. Nutzer:innen, die häufig interagieren, werden näher beieinander platziert. In diesem Fall nutzt der Louvain-Algorithmus das Verhalten von Retweets, um Nutzer:innen in Gemeinschaften



zu kategorisieren. Die Verbindungen zwischen den Nutzern:innen werden analysiert, um herauszufinden, welche Nutzer:innen zusammengehören. Auf diese Weise entstehen User-Gemeinschaften mit einer hohen Anzahl von Retweets innerhalb ihrer Gruppe.

Die Größe der Kreise hängt davon ab, wie oft ihre Tweets von anderen Nutzer:innen in unserem Datensatz retweetet wurden. Diese Größe wird als Maß für deren Wichtigkeit verwendet.

Unsere Untersuchung offenbart eine Vielzahl von Gemeinschaften, die in ihrer ideologischen, politischen und sozialen Ausrichtung variieren und unterschiedliche Ansichten zur Debatte über die österreichische Neutralität vertreten. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass die Beschreibung dieser Gruppen nicht bedeutet, dass jede:r einzelne Nutzer:in diesen Ansichten zustimmt. Vielmehr handelt es sich um einen größeren Trend, der die Vielfalt der Meinungen innerhalb der Diskussion reflektiert.

Grüner Cluster: Dieser deutschsprachige Cluster besteht aus öffentlichen Persönlichkeiten und anonymen Konten und ist rechtspopulistisch, antiwestlich und pro-autokratisch ausgerichtet. Sie hat ihre Wurzeln hauptsächlich in Österreich und bezieht sich auch darauf. Es wird eine grundsätzliche Ablehnung des politischen Mainstreams in Bereichen wie der Corona-Pandemie und der russischen Invasion der Ukraine festgestellt. Sie befürworten die Neutralität und den Frieden als Deckmantel für die Russland-Sympathie und die Ablehnung der Unterstützung für die Ukraine. Sie fordern eine umfassende politische Neutralität. Zentrale Nutzer dieses Clusters sind @vilimsky, @GeraldGrosz und @exxpressat.

Magenta Cluster: Diese Gruppe verwendet hauptsächlich Deutsch und besteht überwiegend aus österreichischen Politiker:innen, insbesondere von der ÖVP und SPÖ, sowie einigen Medienportalen. Es ist schwierig, eine eindeutige Position zur Neutralität zu bestimmen, aber es scheint eine Tendenz zur Beibehaltung des Status quo der Neutralität zu geben, auch wenn es gelegentliche Abweichungen gibt. Neutralität wird jedoch eindeutig als Teil der österreichischen Identität angesehen. Die zentralen Nutzer in diesem Cluster sind @karlnehammer, @puls24news und @derStandardat.

Roter Cluster: Diese Gruppe setzt sich hauptsächlich aus Expert:innen und öffentlichen Persönlichkeiten ohne erkennbare parteipolitische Vorurteile zusammen. Die Community entstammt und bezieht sich vorrangig auf Österreich. Ideologisch sind sie kosmopolitisch oder EU-orientiert und zeigen eine stark negative Haltung gegenüber Russland. Sie setzen sich stark für die Stärkung des Bundesheeres, die Erhöhung des Verteidigungsbudgets und die Neuausrichtung der Neutralität ein. Die Gruppe fordert einen stärkeren Beitrag Österreichs zur europäischen Sicherheitspolitik, einschließlich militärischer Trainingsmaßnahmen für die Ukraine. Sie sind kritisch gegenüber dem derzeitigen Umgang mit der Neutralität Österreichs und haben ein großes Interesse an der Aufklärung der österreichischen Bevölkerung zu diesem Thema. In diesem Cluster sind die zentralen Nutzer @RalphJanik, @HoansSolo, @TomMayerEuropa, @GeorgOstenhof und @Bernd_Schulyok.

Oranger Cluster: Dieser englischsprachige Cluster besteht aus öffentlichen und anonymen Konten, die klar pro-NATO und pro-Ukraine sind und Russland ablehnen. Die Themen, die innerhalb dieser Gruppe dominieren, sind der Krieg in der Ukraine, die potenzielle Bedrohung anderer europäischer Staaten wie dem Baltikum durch Putin, die Unterstützung der Ukraine und die NATO-Erweiterung. Sie betrachten Österreichs Neutralität als unmoralisch, heuchlerisch und feige und fordern eine klare und aktive Haltung Österreichs. Die zentralen Nutzer dieses Clusters sind @gunterfehliger, @EetuSeppnen1, @KyivIndependent, @anders_aslund und @bctallis.

Blauer Cluster: Die Mehrheit sind internationale Presse- oder Nachrichtenkonten, die hauptsächlich Berichte posten (meist ohne Kommentar). Eine starke politische oder ideologische Haltung ist daher nicht erkennbar. Die Konten sind offensichtlich mit dem sogenannten westlichen "Mainstream" verbunden. Diese Community beteiligt sich jedoch nicht aktiv an der Debatte. Das Thema österreichische Neutralität taucht primär in Bezug zum Neutralitätsmodell für die Ukraine auf. Die zentralen Nutzer dieses Clusters sind @firstsquawk, @AFP, @spectatorindex, @visegrad24 und @kevinrothrock.

Gelber Cluster: Diese Gruppe besteht primär aus entschieden pro-autokratisch und 

linksgerichteten Accounts. Sie sind anti-westlich ausgerichtet und inszenieren insbesondere die USA als Feindbild, während europäische Staaten als Vasallen der USA dargestellt werden. Verschwörungsnarrative, wie beispielsweise die Darstellung von Soros als "Puppenspieler", sowie israelfeindliche und/oder antisemitische Positionen werden ebenfalls bedient. Sie porträtieren Länder wie China, Russland oder den Iran als "die Guten". Diese Community hat keinen direkten Bezug zu Österreich und ist nicht oder nur peripher in die österreichische Neutralitätsdebatte involviert. Die zentralen Nutzer dieses Clusters sind @thatdayin1992, @apocalypse0s, @apocalypse0s, @yanisvaroufakis und @ivan_8848.

Lila Cluster: Der Cluster besteht hauptsächlich aus kleineren, spanischsprachigen Konten, die vermutlich überwiegend aus Lateinamerika stammen. Diese Gruppe ist stark pro-russisch und anti-kapitalistisch ausgerichtet. Sie thematisieren eine Vielzahl internationaler Angelegenheiten, darunter Kritik an der NATO und der UN, sowie die geopolitische Lage in der Ukraine, Indien, Iran und verschiedenen lateinamerikanischen Staaten. In Bezug auf die österreichische Neutralität wird diese vor allem im Kontext pro-russischer Narrative thematisiert. Die Gruppe beteiligt sich nicht aktiv an der österreichischen Debatte. Wenn die Neutralität Österreichs zur Sprache kommt, wird sie als Gegensatz zu einer EU- oder NATO-Vasallenschaft dargestellt. Interessant ist, dass der Diskussionsstoff dieses Clusters zur österreichischen Neutralität hauptsächlich aus den Beiträgen des gelben Clusters stammt, was darauf hindeutet, dass die spanischsprachige Gruppe ihre Informationen und Perspektiven durch die englischsprachige, international ausgerichtete linke Community erhält. Die zentralen Nutzer dieses Clusters sind @Zroy34, @_Davidcu, @shelaguia und @brunosgarzini.

Durch die Anwendung dieser Methode konnten wir mehrere Erkenntnisse gewinnen. Eine besonders bemerkenswerte ist die unerwartete Verbindung im Retweet-Verhalten zwischen einer österreichischen populistischen Rechten und einer internationalen antikapitalistischen linken Gruppe. Die Untersuchung eines hufeisenförmigen Retweet-Netzwerks, das die politische Diskussionsdynamik beleuchtet, zeigt diese Verbindung auf. An den Enden des "Hufeisens" sind der grüne

Cluster (österreichische Rechtspopulisten) und der gelbe und lila Cluster (internationale antikapitalistische Linke) zu finden. Trotz ihrer ideologischen Unterschiede zeigen diese Cluster überraschende Überschneidungen in ihren Retweets. Diese Beobachtung erinnert an die "Hufeisentheorie", die besagt, dass politische Extreme trotz ihrer Differenzen oft ähnliche Verhaltensweisen und Standpunkte aufweisen.

Die Debatte über die österreichische Neutralität ist für die österreichische populistische Rechte von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig spielt sie für die internationale antikapitalistische Linke eine eher marginale Rolle. Dennoch fließt diese Diskussion in die breitere "anti-imperialistische" und "anti-liberale" Erzählung der linken Gruppe ein. Beide Gruppen sind vereint in der Verwendung des Chiffres von Frieden und Neutralität als Deckmantel für ihre Ablehnung der liberalen, regelbasierten internationalen Ordnung und zur Unterstützung autokratischer Regime, insbesondere von Russland. Diese überraschende Verbindung in ihren Standpunkten verdeutlicht die Komplexität und Dynamik politischer Diskurse in sozialen Netzwerken. ■

5. FAZIT

Die österreichische Neutralität ist und bleibt eine innenpolitische Reibungs- und Projektionsfläche, oszillierend zwischen vermeintlicher Obsoleszenz und elementarem Baustein nationaler Identität. Dementsprechend emotional gestaltet sich oftmals die Debatte, sofern sie überhaupt geführt wird, über ihre angemessene Rolle in der österreichischen Außen- und Verteidigungspolitik, was eine kritisch-rationale Auseinandersetzung mit den Grundfragen der Neutralität erschwert. Umso wichtiger ist es, einen Diskurs über die Neutralität zu forcieren der sich an Tatsachen orientiert, von Mythen entbunden ist und das veränderliche Wesen der Neutralität, welches Ihr seit Anbeginn innewohnte, anerkennt. Denn die Neutralität, wie sie heute die österreichische Außen- und Verteidigungspolitik bestimmt, hat sich verglichen mit ihrer Form und Funktion im Jahr 1955 stark gewandelt. Vor allem der Beitritt zur Europäischen Union und die Vergemeinschaftung zentraler Politikbereiche haben die Neutralität zu einem gewissen Grad von ihren Aufgaben entbunden – manche würden sagen sinnentleert.³¹ Nichtsdestotrotz besteht kein Zweifel, dass die Neutralität als identitätsstiftendes und verbindendes Element im österreichischen Staatswesen nichts an ihrer Strahlkraft verloren, angesichts zunehmender Krisen und Verwerfungen im internationalen Umfeld vermutlich sogar noch hinzugewonnen hat. Man könnte demnach von einer gewissen Entkoppelung sprechen, was die jeweilige Entwicklung der politischen und der gesellschaftlichen Rolle der Neutralität betrifft. Ein Umstand, der die Auseinandersetzung über einen zielführenden Umgang mit der Neutralität gewissermaßen lähmt. Die in dieser Studie abgehandelten Perspektiven auf die Neutralität basierend auf den vorliegenden Umfrageergebnissen haben jedoch gezeigt, dass

Stillstand in der Debatte den innen- wie außenpolitischen Interessen Österreichs zuwiderläuft und eine Weiterentwicklung österreichischer Neutralitätspolitik in gewissen Bereichen dringend geboten ist. Es braucht demnach eine offen geführte, die Öffentlichkeit transparent miteinbeziehende, Diskussion über Kernfragen der Neutralität, die a priori nicht deren Erhalt oder Abschaffung betrifft. Vielmehr müssen in erster Linie Fragen ins Zentrum der Debatte gestellt werden, die etwa die Bedeutung der europäischen Solidarität in der österreichischen Außen- und Verteidigungspolitik oder den künftigen Umgang mit Staaten, die liberalen Demokratien offensichtlich feindselig gegenüberstehen, betreffen. Vor dem Hintergrund einer dramatischen Zeitenwende in den internationalen Beziehungen, kann es sich Österreich – gemeint sind hier insbesondere die Politik und Medien aber auch die Zivilgesellschaft – nicht mehr leisten, auf umfassendes Reflektieren und öffentliches Diskutieren über außen- und verteidigungspolitische Themen sowie auch die Neutralität zu verzichten. „Der Respekt vor dem mündigen Bürger verlangt, dass man ihm Schwierigkeiten nicht vorenthält“, wie Willy Brandt einst sagte.³² ■

ABBILDUNGEN

- Abbildung 1** – Aufschlüsselung der Teilnehmer:innen nach Berufskategorie.
- Abbildung 2** – Aufschlüsselung der Teilnehmer:innen nach Alterskategorie.
- Abbildung 3** – Kodierung der Antwortmöglichkeiten bei Matrix-Rating-Skalen.
- Abbildung 4** – Österreich als Vermittler und Brückenbauer.
- Abbildung 5** – Die Glaubwürdigkeit der österreichischen Neutralität.
- Abbildung 6** – Spannungsverhältnis zwischen österreichischer Neutralität und europäischer Solidarität.
- Abbildung 7** – Auswirkungen des NATO-Beitritts von Finnland und Schweden nach gewichtetem Mittelwert.
- Abbildung 8** – Auswirkungen des NATO-Beitritts von Finnland und Schweden.
- Abbildung 9** – Österreich und die militärische Interoperabilität mit der NATO
- Abbildung 10** – Österreichische Neutralität und europäische Solidarität (1-4)
- Abbildung 11** – Österreichische Neutralität und europäische Solidarität (5-8)
- Abbildung 12** – Österreich und die EU-Beistandsverpflichtung
- Abbildung 13** – Konsens in der österreichischen Politik und Bevölkerung zur EU-Beistandsklausel
- Abbildung 14** – Österreichs Positionierung gegenüber der Beistandsklausel der EU
- Abbildung 15** – Außenwahrnehmung der österreichischen Neutralität
- Abbildung 16** – Aufklärung zum rechtlichen Status der Neutralität in der Bevölkerung
- Abbildung 17** – Die österreichische Neutralität vor dem Hintergrund zunehmender Bipolarität (1-3)
- Abbildung 18** – Die österreichische Neutralität vor dem Hintergrund zunehmender Bipolarität (4-6)
- Abbildung 19** – Österreichs Handlungsspielraum im Interessenausgleich zwischen den Machtblöcken
- Abbildung 20** – Die Wahrnehmung Österreichs als neutraler Akteur
- Abbildung 21** – Eine Rolle Österreichs zwischen den Machtblöcken?
- Abbildung 22** – Künftige Vermittlerstaaten des internationalen Systems
- Abbildung 23** – Fehlt es Österreich als Vermittler an geopolitischem Gewicht?
- Abbildung 24** – Eine mögliche Rückkehr Österreichs in seine alte Rolle?
- Abbildung 25** – Aussagen zur „idealtypischen“ Ausgestaltung der österreichischen Neutralität (1-3)
- Abbildung 26** – Aussagen zur „idealtypischen“ Ausgestaltung der österreichischen Neutralität (4-6)
- Abbildung 27** – Angemessene Ausgaben für die Landesverteidigung
- Abbildung 28** – Zukünftige Ausrichtung der österreichischen Streitkräfte
- Abbildung 29** – Priorisierung der Ziele in der strategischen Ausrichtung des ÖBH
- Abbildung 30** – Priorisierung der innerstaatlichen Aufgaben
- Abbildung 31** – Priorisierung auf Beiträge zur GSVP und internationale Missionen
- Abbildung 32** – Mögliche Implikationen einer Abkehr von der Neutralität
- Abbildung 33** – Anzahl der Tweets vor- und Nach Ausbruch des Krieges
- Abbildung 34** – Tweets zur österreichischen Neutralität im zeitlichen Verlauf (Jan. 2021 - Mär. 2023)
- Abbildung 35** – Verhältnis von deutschen vs. nicht-deutschen Tweets
- Abbildung 36** – Veränderung in der Häufigkeit von Hashtags in Bezug auf die russische Invasion in der Ukraine
- Abbildung 37** – Sentimentanalyse im zeitlichen Verlauf
- Abbildung 38** – Retweet-Netzwerk der österreichischen Neutralitätsdebatte. Erstellt von Adam Urosevic mit [„twitter explorer“](#)

BIBLIOGRAPHIE

- 1** Dachs, Herbert, et al. Hrsg. 2006. Politik in Österreich: Das Handbuch
- 2** Petritsch, Wolfgang. 2015. "The Marshall Plan and its Austrian Legacy." New Austrian. <https://www.austrianinformation.org/winter-2015-16/helping-those-who-help-themselves> (abgerufen am 04. September 2023).-
- 3** Lechner, Herbert. 2023. "Zur Geschichte der Abhängigkeit Österreichs von russischem Erdgas." Austrian Energy Agency. February 2023. https://www.energyagency.at/fileadmin/1_energyagency/presseaussendungen/allg._pa/2023/aea_analyse_an_der_gasleine_executive-summary_final.pdf (abgerufen am 04. September 2023).
- 4** Fukuyama, Francis. 1989. "The End of History?" The National Interest, 16 (1989) 3-18. <https://www.jstor.org/stable/24027184>.
- 5** Senn, Martin. 2022. "Österreichs Neutralität." In Senn Martin, Eder Franz and Kornprobst Markus, Handbuch Außenpolitik Österreichs, Wiesbaden: Springer, 23-50. https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-37274-3_2
- 6** Kicker, Renate. 2002. "Die Außenpolitik Österreichs in der Zweiten Republik" Demokratie Zentrum Wien. https://www.demokratiezentrum.org/wp-content/uploads/2022/10/kicker_aussenpolitik.pdf (abgerufen am 04. September 2023).
- 7** Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten. 2020. "Außen- und Euro papolitischer Bericht" https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publikationen/AEPB/APB_2020_DE_integral.pdf (abgerufen am 04. September 2023).
- 8** Auswärtiges Amt. 2019. "Haushalt 2020: Große Herausforderungen brauchen grenzüberschreitende Lösungen" Pressemitteilung, 11. September. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aamt/haushaltsdebatte-bt-2020/2246100> (abgerufen am 04. September 2023).
- 9** Marquis, Lionel, Schneider, Gerald. 1996. "Wer kommt als Vermittler zum Zuge? Überschätzte und unterschätzte Anforderungsfaktoren für Mediationstätigkeiten" Swiss Political Science Review 2 (3). <https://kops.uni-konstanz.de/server/api/core/bitstreams/c7c1fdcd-bde6-4977-b6aa-9c773d2a6daf/content>.
- 10** EUR-Lex. "VERTRAG ZUR GRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT" <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:11957E/TXT> (abgerufen am 04. September, 2023).
- 11** The Economist. 2019. "Emmanuel Macron warns Europe: NATO is becoming brain-dead." The Economist, 7. November. <https://www.economist.com/europe/2019/11/07/emmanuel-macron-warns-europe-nato-is-becoming-brain-dead> (abgerufen am 04. September 2023).
- 12** Handelsblatt. 2017. "US-Präsident. Trump nennt NATO obsolet" 16. Februar. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/us-praesident-trump-nennt-nato-obsolet/19256008-3.html> (abgerufen am 04. September 2023).
- 13** Ehrenhöfer, Margit 2023. „Stärkt Putin die NATO?“ Der Standard, 10. Juli. <https://www.derstandard.at/story/3000000178251/staerkt-putin-die-nato> (abgerufen am 04. September 2023).
- 14** Mavris, Giannis. 2023. „Wie der Flirt mit der NATO die Schweiz mit der Bombe versöhnt.“ Swissinfo.18. April. <https://www.swissinfo.ch/ger/wirtschaft/wie-der-flirt-mit-der-nato-die-schweiz-mit-der-bombe-versoehnt/48436454> (abgerufen am 04. September 2023).
- 15** Tresch, Tibor Szvirsev. 2023. „Studie „Sicherheit 2023“: Knappe Mehrheit für NATO-Annäherung – kritische Bewertung der Neutralität.“ Der Bundesrat. 16. März. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-93735.html> (abgerufen am 04. September 2023)
- 16** Gallup Institut. 2022. "Gallup Stimmungsbarometer. Zwei-Länder-Umfrage zum Thema Neutralität: Österreich und Schweiz", Studien, 2. Juni. https://www.gallup.at/fileadmin/documents/PDF/marktstudien/2022/Gallup_PA_Charts_Umfrage_zum_Thema_Neutralitaet_Oesterreich_und_Schweiz_02062022.pdf (abgerufen am 04. September 2023).
- 17** Israel, Stephan. 2023. "Konflikt um Waffenexport überschattet Besuch bei der NATO." Tagesanzeiger, 22 März. <https://www.tagesanzeiger.ch/konflikt-um-waffenexport-ueberschattet-besuch-bei-der-nato-189289483493> (abgerufen am 04. September 2023).

BIBLIOGRAPHIE

- 18** RIS, 2013, "Bundesrecht konsolidiert: Vertrag über die Europäische Union Art. 42, tagesaktuelle Fassung." Aktualisiert März 2015. <https://www.ris.bka.gv.at/eli/bgbl/iii/1999/85/A42/NOR40157394> (abgerufen am 04. September 2023).
- 19** Parlament Österreich. 2022. "Was macht die österreichische Neutralität aus?", Fachinfos, 21. März. <https://www.parlament.gv.at/fachinfos/rlw/Was-macht-die-oesterreichische-Neutralitaet-aus> (abgerufen am 04. September 2023).
- 20** Cede, Franz, 2022 "Sicherheitspolitische Standortbestimmung 2022." AIES Kommentar, 30. Mai. <https://www.aies.at/download/2022/AIES-Kommentar-2022-02.pdf> (abgerufen am 04. September 2023).
- 21** John, Gerald and Hahn, Tabea. 2023. "Regierung uneins in Panzerfrage: Soll Österreich ukrainische Panzer liefern?", Der Standard, 13. Februar. <https://www.derstandard.at/story/2000143506408/regierung-uneins-in-panzerfrage-soll-oesterreich-ukrainische-soldaten-ausbilden> (abgerufen am 04. September 2023).
- 22** Gallagher, Connor. 2023. "Irish troops start training Ukrainian forces in Cyprus." Irish Time, 9. Mai. <https://www.irishtimes.com/ireland/2023/05/09/irish-troops-start-training-ukrainian-forces-in-cyprus/> (abgerufen am 04. September 2023).
- 23** Bauer, Gernot. 2023. "Umfrage zu Sky Shield : Österreich gespalten." Profil. 8. Juli. <https://www.profil.at/umfrage/umfrage-zu-sky-shield-oesterreich-gespalten/402514540> (abgerufen am 04. September 2023).
- 24** Der Standard. 2023. "Sky Shield laut Experten mit Neutralität vereinbar." Der Standard, 3. Juli. <https://www.derstandard.at/story/3000000177260/sky-shield-laut-experten-mit-neutralitaet-vereinbar> (abgerufen am 04. September 2023).
- 25** Mueller Wolfgang, 2008. "Kalter Krieg, Neutralität und politische Kultur in Österreich." Bundeszentrale für politische Bildung, 18. Dezember. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/32264/kalter-krieg-neutralitaet-und-politische-kultur-in-oesterreich/> (abgerufen am 04. September 2023).
- 26** OTS, 2022. "Landesverteidigungs-Finanzierungsgesetz von Nationalrat beschlossen." OTS, 15. November. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20221115_OTS0181/landesverteidigungs-finanzierungsgesetz-von-nationalrat-beschlossen (abgerufen am 04. September 2023)
- 27** ORF, 2022. "Heeresbudget soll 2027 auf 1,5 Prozent des BIP steigen.", ORF, 6. Oktober. <https://orf.at/stories/3288376/> (abgerufen am 04. September 2023).
- 28** Frank, Johann. 2022. "Das österreichische Bundesheer." In Senn Martin, Eder Franz and Kornprobst Markus, Handbuch Außenpolitik Österreichs, Wiesbaden: Springer, 23-50. https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-37274-3_2
- 29** lbd.
- 30** Pournaki, A., Gaisbauer, F., Bahisch, S., & Olbrich, E. (2021). „The Twitter Explorer: A Framework for Observing Twitter through Interactive Networks“. Journal of Digital Social Research, 3(1), 106–118. <https://doi.org/10.33621/jdsr.v3i1.64>
- 31** Pelinka, Anton, 2022. "Im Zentrum: Immerwährende Neutralität: heilig oder scheinheilig?" ORF, 22. Mai. <https://twitter.com/ORFImZentrum/status/1528470568865042437> (abgerufen am 04. September 2023).
- 32** Brandt, Willy. 1970. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 6. Wahlperiode, 22. Sitzung, Bd. 71, S. 839–847. https://willy-brandt.de/wp-content/uploads/ba_06_gesamt.pdf?page=247 (abgerufen am 04. September 2023).